Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 568. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 4. December 1873.**

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 8 und 15 des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1869 (Bundes-Gesetzblatt S. 145) und des § 2 des dazu ergangenen Reglements vom 28. Mai 1870 (Bundes-Gesetzblatt S. 275) setze ich den Tag, an welchem **die Auslegung der Wählerlisten** zu den durch die Kaiserliche Verordnung vom 29. October d. J. angeordneten Reichstagswahlen zu beginnen hat,

auf den 10. December d. J.

hierdurch fest.

Berlin, den 3. December 1873.

Der Minister des Innern.
Graf zu Eulenburg.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

12. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 3. December).

11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen und Geh. Rath Hoffmann, später Dr. Falk und Graf zu Eulenburg.

Der Präsident theilt mit, daß die Abgg. Klotz (Berlin) und Stengel mit 2?9 resp. 215 von 311 Stimmen zu Mitgliedern der Staatsschuldencommission gewählt worden sind. Die Commission für das Expropriationsgesetz ist gestern gewählt und hat sich constituirt: Langerhans (Vors.), Berger (Stellv.), Helf und Kleinsorgen (Schriftf.), desgleichen die Commission für das Gesetz, betreffend die Abänderungen des Gewerbesteuergesetzes: Braun, Löwe, Wagner und Elgnowski.

Ein Schreiben des Justizministers theilt mit, daß er den Oberstaatsanwalt in Saarbrücken von dem Beschluß des Hauses, das Strafverfahren gegen den Abg. Patheiger für die Dauer der Session aufzuheben, auf telegraphischem Wege in Kenntniß gesetzt hat.

Der Präsident theilt den Eingang der vom Abg. Reichensperger eingebrachten, bereits mitgetheilten Resolution und des mit ihr im Zusammenhange stehenden Antrages des Abg. v. Mallinckrodt mit, die Kirchengesetze vom Mai d. J. aufzuheben (Heiterkeit); sowie eines Antrages des Abg. Grafen Wintzingerode auf Reform der Stempelsteuergesetzgebung und der Ueberweisung von Stempelabgaben an das deutsche Reich.

Auf der Tagesordnung steht die erste und zweite Berathung des vom Abg. Bernards eingebrachten Gesetzentwurfs, dessen einziger Artikel also lautet: „Die von Kalendern, Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigeblättern bisher entrichtete Stempelsteuer wird vom 1. Januar 1874 an nicht ferner erhoben."

Abg. Bernards: Ich plaidire für eine Sache, welche, soweit mein Blick reicht, einer allgemeinen Gunst sich erfreut. Das Haus hat bereits in der vorigen Session einen von mir gestellten Antrag auf Aufhebung der Zeitungssteuer vom 1. Juli 1873 angenommen. Das Herrenhaus lehnte ihn freilich ab, jedoch wurde auch dort ein Amendement auf Aufhebung der Zeitungssteuer vom 1. Januar 1874 gestellt und angenommen. Man mußte daher erwarten, daß die Regierung jetzt sofort die Initiative ergreifen würde, um diese leidige Steuer endlich aus der Welt zu schaffen. Da aber diese Hoffnung sich nicht erfüllte, hielt ich mich für verpflichtet, meinen früheren Antrag zu wiederholen. Herr Lasker hat wahrscheinlich aus Verdruß darüber, daß der Antrag nicht von ihm gebracht worden ist, behauptet, ich hätte den meinigen vor Constituirung des Hauses eingereicht. Diese Behauptung ist unwahr. Die Constituirung des Hauses fand am 15. November statt und erst am 16. Abends wurde mein Antrag eingereicht. Der Abgeordnete Lasker würde daher wohl Veranlassung haben, künftig etwas vorsichtiger zu sein, wenn es sich um Anträge des Centrums handelt. Was die Sache selbst betrifft, so hat die Regierung selbst die Geringfügigkeit und Entbehrlichkeit der Steuer bei der blühenden Finanzlage des Staates zugegeben: ihr Widerstand gegen die Aufhebung war nur gering, so daß es mich einigermaßen gewundert hat, daß im Herrenhause trotz der neuen Blutvermischung, die doch immer etwas liberal angehaucht ist, die Herren dort sich nicht soweit ermannt haben, unserem Beschlusse zuzustimmen.

Nun hat uns allerdings der Vicepräsident des Staatsministeriums erklärt, daß die vorliegende Frage in Verbindung mit dem Reichspreßgesetz erledigt werden solle. Ich möchte aber doch das Haus dringend warnen, sich auf ein so gewagtes Geschäft einzulassen, bei der eigenthümlich monstreusen Beschaffenheit jener vom Fürsten Bismarck unterzeichneten Vorlage der preußischen Regierung. Sodann haben die officiösen Organe verlauten lassen, die Aufhebung der Zeitungssteuer sollte eine gewisse Compensation bilden für die Annahme gewisser Paragraphen des Reichspreß-Gesetzentwurfs. Aber ist es wohl einer so starken und mächtigen Reichsregierung, wie wir sie glücklicher Weise besitzen, würdig, sich Dinge auf solche Weise und um solchen Preis abmarkten zu lassen, welche die gesammte öffentliche Meinung als dringend nothwendig anerkannt hat? Und welcher Zusammenhang besteht dann zwischen der rein preußischen Zeitungsstempelsteuer und dem Reichspreßgesetz? Sollen wir uns den Spatz in der Hand entgehen lassen in der Hoffnung, daß wir nächstens, wenn er mit den anderen auf dem Dache sitzt, keinen Fehlschuß darnach thun? Möge das Haus heute durch ein möglichst einstimmiges Urtheil diese Frage endlich von unserer Tagesordnung verschwinden lassen!

Abg. Schlieper: Auch ich glaubte, die Regierung werde zu Beginn der Session ein Gesetz wegen Aufhebung dieser Steuer einbringen. Nachdem dies aber nicht geschah, hat es mich sehr gefreut, daß gerade die Herren aus dem Centrum diesen Antrag stellten. Denn Sie haben eben dadurch an den Tag gelegt, daß Sie sich wenigstens in diesem Punkte von Rom entfernen und deutsche Wege wandeln. Der Antrag will doch nichts weiter als die wirkliche und volle Preßfreiheit anbahnen. Nun ist aber Se. Heiligkeit der Papst ein ganz entschiedener Gegner der Preßfreiheit, gegen die er sich auf das allerdeutlichste, u. A. in der Encyclika von 1868, ausgesprochen hat. Er sagt darin, es sei eine grobe Irrlehre, daß den Bürgern das Recht zustehen solle, ihre Ueberzeugungen, welche sie auch seien, durch Worte oder durch die Presse oder durch andere Mittel kund zu geben. Er fügt hinzu, daß schon Gregor XVI. diesen Lehrsatz nicht nur als einen irrigen, sondern direct als einen Wahnsinn (deliramentum) bezeichnet habe, und empfiehlt allen katholischen Kindern die von ihm hiermit verworfenen Sätze auch ihrerseits zu verwerfen und zu verdammen. Nun ist man in Rom ja auch danach verfahren. Die Preßfreiheit ist eingeschlossen in jene Sätze, welche Jeden, der daran festhält, dem Anathema verfallen sein läßt. Sie, meine Herren vom Centrum, bringen nun heute diesen Antrag ein. Freilich haben böse Zungen innerhalb wie außerhalb der Presse gesagt, es sei Ihnen gar nicht so schwerer Ernst mit dem Antrage, er stehe nur in gewissen Beziehungen zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. (Pfui! im Centrum.) Ja, meine Herren, ich sage mit Ihnen Pfui! zu solcher Anschuldigung; denn eine Partei, die in erster Linie das Wort Wahrheit auf ihre Fahne schreibt, wird doch nicht heucheln wollen? Eine Partei, in der so fromme und gerechte Männer sitzen, wird doch nicht dem Grundsatze folgen wollen: Der Zweck heiligt die Mittel? (Unruhe im Centrum.) Also für mich ist es ganz unzweifelhaft: Sie wollen jetzt wirklich liberal sein, Sie wollen jetzt mit uns entschieden für Preßfreiheit stimmen, trotzdem der Papst so entschieden gegen Preßfreiheit ist. Ich freue mich dieser Ihrer Bekehrung und hoffe, daß die guten Früchte davon schon in dieser Session sichtbar sein werden. (Beifall links.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich gratulire dem Vorredner zu seiner eben gehaltenen Jungfernrede, die ganz ausgezeichnet und durchaus der Atmosphäre, in der wir uns befinden, entnommen war. Sind wir denn wirklich so weit gekommen, daß in Deutschland oder hier im Saale kein Gegenstand verhandelt werden kann ohne eine Anspielung auf den unglücklichen Kampf, der das Vaterland durchwühlt? Wie wir uns zu unseren kirchlichen Beziehungen bei unseren politischen Handlungen stellen, können Sie füglich uns überlassen. Wären Sie aber etwa geneigt, die Staatsmaßregeln, die in Frage sind, nach den Grundsätzen des Syllabus mit uns zu prüfen, so werden Sie mich bereit finden (Heiterkeit links). Uebrigens hat es gar keinen Zweifel, daß unsere Anträge hier vollständig im Einklange sind mit den Grundsätzen des Syllabus. (Hört! links.) Die Herren haben es nur nicht der Mühe werth gehalten, diese Grundsätze ruhig und gründlich zu studiren; sie begnügen sich, wenn sie diese oder jene liberale Zeitung lesen, wenn sie den Wortlaut lesen, den sie nicht einmal verstehen, wovon uns noch neulich einer der gelehrtesten Männer des Landes, Herr Virchow hier, einen so schlagenden Beweis geliefert hat. Die Preßfreiheit ist nirgend absolut verworfen, aber wer behauptet, daß in der Preßfreiheit die alleinseligmachende Kraft liegt, der würde allerdings schwer irren. Also, meine Herren, lassen Sie das Alles doch bis zu dem Augenblicke, wo Sie bereit sind, sich mit uns auf den Syllabus zu stellen. Hinkommen werden Sie dort noch (Oho! links), freilich nachdem Sie viele traurige und bittere Erfahrungen gemacht haben. (Gelächter links). Daß Sie dies heute lächerlich und paradox finden, begreife ich, wir sind leider noch nicht dahin gekommen, die Dinge ruhig zu überlegen, ich wiederhole aber, ich fürchte, daß nur bittere Thatsachen uns zu ernster Ueberlegung dieser Dinge führen können. Daß der Antrag von uns eingebracht wurde, war vollständig gerechtfertigt trotz der skurrilen Bemerkung, die Herr Lasker hierüber gemacht hat. (Präsident v. Bennigsen: Ich muß den Redner unterbrechen. Ich glaube nicht, daß der Ausdruck skurril parlamentarisch ist, wenigstens ist er in diesem Hause noch nicht vernommen worden.)

Es mag sein, daß der Ausdruck bisher nicht gebraucht wurde; ich sehe nichts Unparlamentarisches darin. Ich wünsche vor Allem, daß die heutige Discussion die Regierung zwingt, uns über ihre Stellung zu der Sache einen klaren Aufschluß zu geben. Der Finanzminister Camphausen hat uns neulich erklärt, daß er sich keine große Rechnung mehr auf diese Steuer macht; aber der Vicepräsident des Staatsministeriums Camphausen hat uns nicht gesagt, was denn an Ziel und Richtung in dieser Hinsicht von Varzin gekommen ist. (Sehr gut! im Centrum.) Ich constatire, daß der Finanzminister selbst zugestanden, daß die glänzende Finanzlage den Fortfall der Steuer zuläßt. Warum wird denn nur noch einen Augenblick mit der Aufhebung dieser Steuer gewartet? Glaubt man wirklich, mittelst dieser Steuer etwa den berüchtigten § 20 des preußischen Reichspreßgesetz-Entwurfs einhandeln zu können? Es ist nothwendig, die Presse zu erleichtern, weil sie sonst die Concurrenz mit der Regierungspresse nicht mehr bestehen kann. Es ist in Deutschland nahezu daran, daß das Preßgewerbe in der Hand der Regierung monopolisirt wird. (Widerspruch links.) Die Herren scheinen das nicht zu glauben. Nun, der Abg. für Mörs (Aegidi) würde Ihnen vielleicht nähere Mittheilungen darüber machen können. Ich behaupte, daß nicht allein in Preußen eine ganze Reihe von Zeitungen direct von der Regierung gehalten wird, sondern daß auch an vielen anderen Punkten Deutschlands Zeitungen existiren, die hier in Berlin für die Regierung geschrieben werden. (Hört! im Centrum.) Ich behaupte ferner, daß bei einer noch viel größeren Zahl von Zeitungen in Preußen und außerhalb Preußens in Deutschland ein Abkommen — wie immer es zu Stande gekommen, will ich jetzt nicht untersuchen — besteht, wonach gewisse Spalten der Zeitungen dem Regierungspreßbureau offen gehalten werden müssen. Jedermann, der mit irgend welcher Aufmerksamkeit die „Augsburger Zeitung", die „Kölnische Zeitung" liest, wird sehen, daß gewisse Nummern und Zeichen nichts anderes sind, als die Zeichen von Leuten, die im Regierungspreßbureau arbeiten. Die Mittel zu solchen Arrangements hat die Regierung in reichem Maße in der Hand. Der sogenannte Repitilien-Fonds. (Rufe links: Aha!)

Ich wundere mich, daß von der liberalen Seite ein Aha! gerufen wird, ich denke, Sie hatten ein großes Interesse, wenn Sie liberal sein wollen, diese zu Fonds bekämpfen. (Abg. Richter-Hagen: Sehr wahr!) Wenn die Regierung aus diesen Staatsmitteln, die sie mit Unrecht besitzt, so stark auf die Presse einwirken kann und auf diese Weise der Privatthätigkeit der Presse eine Concurrenz macht, die alles Glaubliche überschreitet, dann ist es hohe Zeit, daß wir die Presse frei machen von den Abgaben, die es ihr unmöglich machen, sich gegen eine solche Concurrenz aufrecht zu erhalten. Die „Nationalzeitung" hat neulich in einem vortrefflichen Artikel dargelegt, wie es unmöglich sei, daß die Zeitungen, die noch irgend eine Unabhängigkeit haben, fortbestehen können, wenn die Steuer nicht aufgehoben werde. Fast alle Zeitungsverleger haben eine erhebliche Erhöhung ihres Abonnements bereits eintreten lassen. Wenn das so fortgeht, so wird einer großen Zahl von weniger Bemittelten das Abonnement von Zeitungen unmöglich gemacht und die heut noch unabhängigen Zeitungen werden nicht fortbestehen können oder aber sich sämmtlich in die Arme des Preßreptilienfonds werfen müssen. Die Einwirkung des Preßreptilienfonds ist bereits bemerkbar auch außerhalb Deutschlands, sie ist beispielsweise ganz besonders bemerkbar in Wien, und es wäre höchst interessant, wenn wir uns etwas Näheres von der Regierung ausbitten könnten über die Verhandlungen, welche über den Ankauf der „Neuen Freien Presse" in Wien stattgefunden haben. Ferner, meine Herren, ist ganz dasselbe der Fall in Beziehung auf England und Frankreich, auf Italien. Man hat versucht Einleitungen zu treffen, um in London neben der Gesandtschaft ein literarisches Preßreptilienbüreau zu etabliren. Das ist dann freilich, weil man den in Betracht kommenden Personen nicht die richtige Stellung hat einräumen können, nicht zu Stande gekommen. Dafür aber hat man hier in Berlin für diese Länder ein besonderes Preßreptilienbureau eingerichtet.

Ich will davon nicht reden, was die Correspondenten der bedeutenderen Blätter dieser Länder den Zuweisungen von Nachrichten und den Besprechungen und Arrangements zu verdanken haben, die in der Wilhelmstraße vor sich gehen. Aber darauf will ich aufmerksam machen, daß hier in Berlin die „Deutschen Nachrichten" erscheinen und zu kaufen sind in der Schützenstraße Nr. 15, welche — ich habe hier ein englisches Exemplar in meiner Hand — in englischer und in italienischer Sprache erscheinen und in England und in Italien verbreitet werden, daß außerdem eine französische Correspondenz erscheint, die ebenso in Frankreich verbreitet wird. An und für sich würde ich das nicht für unzulässig halten, wenn die Berichte wenigstens unparteiische und objektive wären; es ist aber das gerade Gegentheil der Fall. Wer Interesse daran hat, diese Dinge zu studiren, wird gut thun, die Nachrichten zu lesen. Alles dies kostet natürlich unendlich viel Geld, und diese ungeheuren Geldsummen werden einfach ohne irgend welche Controle aus dem Preßreptilienfonds genommen. Wir werden über diesen Punkt zu einer anderen Zeit, so hoffe ich, uns noch näher zu unterhalten haben. Ich habe hier nur vorläufig diese Verhältnisse einmal klar legen wollen, damit man nicht in Preußen, in Deutschland und im Auslande glaubt, daß das, was in diesen von unserer Regierung unterhaltenen Organen steht, Wahrheit sei. Unser Antrag will wenigstens der sich noch frei bewegenden Presse Luft schaffen, die Concurrenz des Preßreptilienfonds auszuhalten. Dazu kommt, daß es eine dringende Forderung der Gerechtigkeit ist, dafür zu sorgen, daß die geistigen Arbeiter an der Presse besser gestellt werden. Sie werden dann um so eher im Stande sein, der Regierungscorruption zu widerstehen. Setzen wir die Verleger durch Aufhebung der Steuer in die Lage, den geistigen Arbeitern an der Presse das zu zahlen, was diese Männer in ihrer so schwierigen Arbeit verdienen. Gerade weil dies letztere oftmals in nicht gehörigem und hinreichendem Maße geschieht, deshalb steht vielfach unsere Presse noch nicht auf der Höhe, auf die sie gebracht werden muß. Die Blätter, die aus dem Reptilienfonds bezahlt werden, die brauchen freilich die Aufhebung der Steuer nicht; aber die noch unabhängig sind und bleiben wollen, die bedürfen sie. Denn ich kann nicht annehmen, daß die Verleger den Zuwachs der Einnahme, den ihnen die Aufhebung der Steuer bringt, allein in ihre Tasche stecken, sondern die geistigen Arbeiter an der Presse, die oft ein wahrhaft kümmerliches Leben führen, daran Theil nehmen lassen werden. Ich bitte das Haus, womöglich instimmig unsern Antrag anzunehmen.

Finanzminister Camphausen: Der geehrte Herr Vorredner hat seinen Votrag damit begonnen, daß er zu einer ruhigen, leidenschaftslosen Behandlung der Frage aufforderte; ich glaube selten im Parlament eine leidenschaftlichere Rede gehört zu haben (Sehr wahr!) und kann, was die Beziehung zur Staatsregierung anbetrifft, nur anführen, daß der Ausdruck, ob Ordre von Varzin gekommen sei, mindestens nicht höflich war; ich muß dann ferner im Namen der Staatsregierung die Behauptung, daß die Regierung unrecht besessene Mittel verwende, entschieden zurückweisen. (Beifall rechts.) Endlich werde ich mich auf die Angabe, wie weit sich die Preßleitung erstrecke, nicht einlassen. Es möchte ja vielleicht für die Zwecke, die der Vorredner verfolgt, sehr erwünscht sein, wenn er überall Bescheid wüßte, wie in dieser Sache procedirt wird; ich werde ihm den Gefallen, ihn darüber zu belehren, nicht thun. (Heiterkeit). Ich glaube dann ferner ein Wort zu Gunsten der Presse einlegen zu müssen. Es mag wahr sein, daß, obschon der Zustand schon mehr als zwei Decennien hindurch getragen wird, für die Eigenthümer der Zeitungen und diejenigen, die bei den Zeitungen mitwirken, es im hohen Grade erwünscht sein möchte, eine Steuer nicht mehr zu zahlen, die sie bisher getragen hatten. Daß dieser Zustand dahin geführt habe, daß eine ehrliche und unabhängige Presse nicht mehr existiren könne, glaube ich nicht; ich glaube, daß trotz dieser Lasten, die für viel höher gehalten werden, als sie in Wirklichkeit sind (Lebhafter Widerspruch von allen Seiten des Hauses), eine ehrenwerthe und unabhängige Presse in unserm Lande noch existirt.

Nun möchte ich mich von diesen Vorbemerkungen zu den sachlichen Bemerkungen wenden. Zunächst möchte ich die Aeußerung richtig stellen, die als aus meinem Munde erfolgt mehrfach angeführt worden ist. Wenn die Herren die Verhandlungen vom 6. März d. J. nachlesen, so werden Sie nicht finden, daß ich gesagt habe, die Aufgabe der Zeitungssteuer komme für die Finanzen sehr wenig in Betracht: Sie werden vielmehr den Satz finden, daß es sich dabei muthmaßlich um einen Betrag von 900,000 Thlr. handle, der für ein Jahr wie 1873 nicht in Betracht komme. Dann bleibt bei dem Zurückgehen auf die früheren Verhandlungen unerwähnt, daß bei der damaligen Verhandlung die Staatsregierung noch annahm, daß das Steuerprojekt, welches sie zu Gunsten der weniger wohlhabenden Bevölkerung zu realisiren wünschte, noch nicht gesichert sei. Unter dem 25. Mai ds. J. ist das Steuergesetz publicirt und wir haben damals nur wenige Tage verstreichen lassen, dann ist der Antrag an den Bundesrath abgegangen, dem ein Vorschlag unterbreitet worden ist, die Preßverhältnisse für das ganze Reich zu reguliren, wonach gleichzeitig die Presse mit Steuern nicht belastet werden dürfe. Man sagt nun heute, wie kommen wir dazu? Es handelt sich hier um ein Specialgesetz für Preußen. Die Herren, die so sprechen, können der Materie kein tiefes Nachdenken gewidmet haben. Denn in dem erwähnten Vorschlage der preußischen Staatsregierung wurde nicht allein das in Preußen bestehende Zeitungssteuergesetz aufgehoben, sondern zugleich Fürsorge getroffen, daß in keinem einzigen deutschen Staate eine Zeitungssteuer eingeführt werden möchte, ein Recht, welches heute noch besteht; es wurde ferner Vorsorge getroffen, daß nicht an Stelle einer beseitigten Zeitungssteuer eine Inseratensteuer beliebt werden könne.

Unser Vorschlag giebt also eine viel größere Fürsorge für die Presse zu erkennen, als der vorliegende Antrag. Jener Preßgesetzentwurf, der ja offiziell dem Reichstage noch nicht vorgelegen hat, weil er im Bundesrathe aus Gründen, die dem Reichstage mitgetheilt worden sind, nicht hat zu Ende geführt werden können, hat zugleich ins Auge gefaßt, die Forderung der Reichsverfassung in Bezug auf die gemeinschaftliche Regulirung des Preßwesens zur Erfüllung zu bringen. Dieser Entwurf unterlag nun der Berathung im Bundesrathe und die preußische Regierung hat die Beschleunigung dieser Berathung in Anregung gebracht. Daß es bei dieser Berathung nicht darauf abgesehen ist, die Steuer aus finanziellen Gründen retten zu wollen, kann nach Allem, was ich gesagt habe, keinem Zweifel unterliegen, und jedenfalls ist die Sache in viel umfassenderer Weise geordnet, wenn die verbündeten Regierungen und dann der Reichstag in dieser oder jener Weise dem Grundgedanken der preußischen Vorlage ihre Zustimmung gegeben haben. Nun kämpfen Sie von vornherein mit der Furcht, daß zur Verhinderung der Exzesse der Presse vielleicht weiter gegangen würde, als es die Nothwendigkeit erfordert. Ich sollte glauben, daß auch in diesem Hause bei dem lebhaften Wunsche, die Preßfreiheit so weit sie mit der Ordnung im Staatsleben verträglich ist, zu stützen, dennoch der lebhafte Wunsch gehegt wird, daß die Grundsäulen des Staates durch eine zügellose Presse nicht erschüttert werden sollen. Auf diesem Standpunkt steht die Regierung, sie hat die Vorlage gemacht, sie hat sie nicht zurückgezogen, sie wird deren Resultat abwarten.

Abg. Dr. Virchow: Meine Herren, die lebhaftesten Wünsche, welche der Herr Finanzminister in Bezug auf die Preßfreiheit soeben zu erkennen gegeben hat, werden im Hause gewiß mit großer Befriedigung entgegengenommen sein. Ich erlaube mir die besondere Bitte an die Regierung zu richten, ihre Organe dahin instruiren zu wollen, der Preßfreiheit eine etwas größere Entwickelung zu gestatten und namentlich nicht da einzuschreiten, wo solches dem öffentlichen Nutzen geradezu entgegensteht. Die Publikation gewisser Aktenstücke, welche die gesammte Welt kennt, werden in allerschlimmster Weise durch gewisse Staatsbehörden verfolgt. Der gegenwärtige kirchliche Streit hat die vortreffliche Eigenschaft, daß er auf einem Gebiete, welches den eigentlich politischen Parteiungen nicht angehören sollte, einmal die Frage der Preßfreiheit zum allgemeinen Bewußtsein bringt. Wenn ich behaupte, daß dieser Antrag uns auf einem gewissermaßen neutralen Gebiete entgegentritt, so will ich damit gesagt haben, daß, obwohl die Herren im Centrum im Augenblicke als politische Partei erscheinen, ich niemals ihre Berechtigung anerkannt habe, daß sie zugleich als katholische und politische Partei hier seien. Sie würde nur dann eine politische Berechtigung haben, wenn sie wirklich als staatsfeindliche Partei erschienen, aber als eine preußische politische Partei sollte sie unmöglich sein. Wenn jetzt die Gestaltung des kirchlichen Streites die Bedeutung der Preßfreiheit auf einem für die politischen Parteien neutralen Gebiete zur Anschauung bringt, so ist das dankbar anzunehmen. — Ich hatte mich ursprünglich auf den besonderen Angriff des Abgeordneten Windthorst hin zum Worte gemeldet, um mich dagegen zu vertheidigen, daß meine Citate aus dem Syllabus auf Grund wenig sorgfältiger Vorbereitung hin geschehen seien.

Wenn ich einmal für diese Dinge schlecht vorbereitet war, so hat die mehrjährige Dauer des gegenwärtigen Streites mich dahin gebracht, daß ich wieder und wieder die Sache habe vornehmen müssen und habe jeden guten Wink, welchen die Herren vom Centrum gegeben haben, benutzt, um dasjenige zu ergänzen was mir noch fehlte. Ich erkenne dankbar an, daß nach einer jener Reden, in der ich mich auf den Syllabus und die Encyklika berufen hatte, Herr Reichensperger mir sagte: Warum lesen Sie denn die vortrefflichen Schriften nicht, die wir besitzen und in denen dargelegt ist, daß Ihre Auffassung eine irrige sei. Dieses Argument scheint mir ein rein jesuitisches zu sein (sehr wahr!). Indessen, ich habe mich nachher überzeugt, daß ein besonderes Schreiben existirt, mit welchem der Cardinal Antonelli den Syllabus an sämmtliche Bischöfe übersandte, datirt von 1864, worin ausdrücklich gesagt ist, daß auf Anordnung des Papstes diese verschiedenen Erklärungen zusammengestellt würden, damit sich danach alle Welt richte. Es steht darin zu lesen: „da jedoch möglicherweise nicht alle diese päpstlichen Kundgebungen zur Kenntniß sämmtlicher Oberhirten gelangt sind, so hat der heilige Vater beschlossen, daß ein Verzeichniß eben eine falsche Auffassung ist? Ich habe mir denn auch die Schriften nennen lassen und gefunden, daß der wesentlichste Grund, den Ihre Autoren, an der Spitze Herr v. Ketteler, angeben, warum diese Sätze nicht nach unserer Weise aufzufassen seien, dahin geht, daß die einzelnen Sätze des Syllabus sich auf concrete Fälle bezögen. Der eine Satz z. B. bezöge sich auf Mexiko, ein anderer auf Spanien u. s. w., und man habe durchaus kein Recht, diese Sätze in der Allgemeinheit zu interpretiren, wie das hier gewöhnlich geschehe, und woraus man schließe, daß allen Culturstaaten zusammen der Fehdehandschuh hingeworfen sei. Es ist sogar ausdrücklich bestimmt, daß eine Liste aller jener Irrthümer angefertigt und allen Oberhirten zugesendet werden solle, damit dieselben die sämmtlichen Irrthümer, und verderblichen Lehren, welche von ihm verworfen und verboten sind, vor ihren Augen haben. Damit ist doch ausdrücklich gesagt, daß der Syllabus eine allgemeine Bestimmung sein soll und die ganze Argumentation, daß er nur für einzelne concrete Fälle berechnet sei, somit hinfällig.

Ich habe neulich, nachdem ich die Frage der Preß- und der Gewissensfreiheit gegenüber der päpstlichen hierarchischen Auffassung besprochen hatte, die Ehre gehabt, von Herrn Reichenspergee darauf aufmerksam gemacht zu werden, daß, wenn man den von mir citirten Satz des Syllabus Wort für Wort lese, eigentlich ein Unsinn herauskomme. (Heiterkeit.) Da ich nun aber nicht annehmen kann, daß es im Sinne des infalliblen Mannes als nothwendig erscheinen sollte, einen reinen Unfinn zu widerlegen, so darf man auch nicht in eine solche Art von wörtlicher Interpretation eintreten, wie sie Herr Reichensperger verlangt. Für meine Auffassung kann ich mich aber noch darauf beziehen, daß in der entsprechenden Stelle der Encyklika allerdings eine viel unverfänglichere Erklärung gegeben ist, die es unzweifelhaft macht, daß der Papst gerade so wenig wie die Gewissensfreiheit, so wenig auch die Preßfreiheit als etwas überhaupt Zulässiges erachtet. Denn er beruft sich ausdrücklich auf einen Ausspruch Gregor's XVI., der die Forderung der Preßfreiheit als deliramentum, als Wahnwitz bezeichnet hat. (Zuruf aus dem Centrum: „Gewissensfreiheit"!) Es steht ausdrücklich da (verlieſt den betreffenden

Passus) ohne allen Zusatz von „jedweder". (Rufe aus dem Centrum: Preßfreiheit!) Ich werde Ihnen das gleich verlesen. (Verliest. Rufe aus dem Centrum: quoscunque!) Ja, meine Herren, Sie sagen mir immer wieder: da steht „quoscunque". (Abg. Reichensperger: Ja, natürlich!) Was steht denn in der preußischen Verfassung: „Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern." (Abg. Windthorst (Meppen): „Soweit es den Strafgesetzen nicht widerspricht.") Das Strafgesetz wird jeden treffen, der etwas Schlechtes geäußert hat, aber daß er es äußern kann, das ist eben die Preßfreiheit. Ob die Presse mit irgend welchen Strafen belegt werden soll, ist eine ganz andere Frage.

Ist denn das nicht etwas von der Preßfreiheit absolut trennbares, ob Jemand die Fähigkeit haben soll, seine Meinung frei zu äußern auf die Gefahr hin, daß er bestraft wird, weil er etwas Schädliches thut. Der Staat kann sich ja dagegen schützen, daß der Schaden nicht effektiv werde. Die Preßfreiheit, von der Sie sprechen, ist die Preßfreiheit mit gleichzeitiger Censur, d. i. mit der päpstlichen Censur. Ja, ja, m. H., der index prohibitorum ist das für die großen Bücher, was für die Zeitungen die reguläre Censur ist. M. H., bringen Sie mir doch irgend ein Beispiel eines rein katholischen Staates bei, eines Staates, der wirklich auf Ihren religiösen Anschauungen begründet ist, der die katholische Kirche als Staatskirche hat, und in dem irgend etwas von den Freiheiten realisirt ist, um die wir hier disputiren und als deren unfreiwillige Bekenner Sie sich im Drange der Gefahr bekennen. (Heiterkeit.) Sie greifen nach diesen Freiheiten, als nach dem letzten Strohhalm, an dem Sie sich festklammern, das ist Ihre Situation, aber sowie Sie oben aufkommen und die Herrschaft erlangen, so erhalten wir die Censur. (Ruf: Belgien!) Sie sagen mir: Belgien! Wenn dort einmal etwas Besonderes vorwärts gebracht wird, sind es immer die „bösen Liberalen" gewesen. Es ist ein Glück, daß der Ultramontanismus in Belgien, wenn es sich um Staatsleitung und Gesetz handelt, noch niemals dahin gekommen ist zu voller Freiheit zu gelangen. M. H., die belgischen Könige waren bisher sehr bewußte und klare Köpfe, noch hat kein bigotter König auf dem Thron Belgiens gesessen; einen spanischen König, einen österreichischen Kaiser, wie Sie ihn gelegentlich zur Disposition gehabt haben, hatten Sie in Belgien nicht. (Heiterkeit.)

Säße ein wirklich bigotter König auf dem belgischen Thron, dazu den Ultramontanismus, und man dürfte nicht lange auf die geistliche Censur zu warten. Gestehen Sie nur zu: Die Censur ist nicht allein die Erfindung der Hierarchie, sondern auch ihre Neigung und Gewohnheit, ihre richtige Consequenz. Aber Sie sind ja gewohnt, in dem einen Lande mit liberalen, in dem andern mit absoluten Waffen — wie es für den augenblicklichen Zweck geeignet ist — zu kämpfen, wie Sie uns heute unterstützen, werden Sie uns vielleicht übermorgen bekämpfen, wenn die Regierung sich bereit fände, Ihre Bedingungen anzunehmen. Daß Sie geglaubt haben, die Sache der Preßfreiheit wesentlich zu fördern, wenn Sie diese in Ihre Hand nehmen, ist mir nicht ganz deutlich geworden. (Heiterkeit.) Ich hatte mir vorgestellt, Sie würden Einem auf dieser Seite des Hauses oder aus einer anderen Gruppe unter der Hand gesagt haben, „Wollt Ihr nicht das Gesetz vornehmen? Wir wollen Euch unterstützen, irgend einer Partei, die doch vielleicht dem Ministerium ein wenig convenabler gewesen wäre. Aber, m. H., daß gerade Sie, aus deren Händen in der That das Ministerium etwas weniger gern nach, als aus irgend anderen vielleicht, ein solches Gesetz annimmt (Unruhe), sich als die eigentlichen Darbringer des Geschenkes vor der Nation darstellen, das war, glaube ich, nicht ganz politisch klug. Es liegt mir, meine Herren, wirklich Nichts an den Urhebern, wenn Sie das Gesetz durchbringen, wollen wir Ihnen ewig dankbar bleiben. (Große Heiterkeit.) Ich will Ihnen das hier feierlich erklären. Es liegt uns gar nichts daran, ob wir, ob Sie das Gesetz eingebracht haben. Es thut mir nur leid, daß Sie eine Sache, für die eine so große Majorität oder vielleicht Einstimmigkeit zu haben ist, anschwärzen. (Große Heiterkeit.) Sie bringen ihr den Makel bei, daß eine der Regierung feindliche Partei diese Sache benutzt, um damit im Volke Propaganda zu machen. (Ruf: ministeriell!) Wir sind ministeriell geworden, sagt der Abg. Mallinckrodt.

Meine Herren ich wollte zu Ihrer Unterstützung anführen, weshalb wir gerade ein besonderes Verständniß dafür haben, die Sache zu unterstützen. Wir gehören zu denjenigen, die Erfahrungen gemacht haben, ähnlich denjenigen, in denen Sie in diesem Augenblicke erst begriffen sind. Sie haben jetzt noch eine ziemlich beträchtlich kleine Presse; Sie haben es sogar zu einer partiell ziemlich großen gebracht, auch wir hatten eine Zeit, wo wir eine sehr reiche kleine Presse besaßen. Aber diese kleine Presse ist ruinirt worden durch die verschiedenen Gesetze, welche die Regierung zu ihrer Verfügung hatte. Wir wissen also ganz wohl zu empfinden, welche Schädigung einer Partei damit geschieht, daß nach und nach eins ihrer Organe nach dem andern abstirbt. Der Herr Finanzminister stellt sich das nicht so schlimm vor, er hat vorhin eine Andeutung gemacht, wonach diese Steuerfrage keine große Angelegenheit sei. Indeß nach den Erfahrungen, die wir haben, beträgt die Zeitungssteuer bei manchen Organen ein Viertel bis ein Drittel des gesammten Abonnementsertrages. Daß damit ein höchst empfindlicher Abzug gegeben ist, der für die Existenz der Zeitung entscheidend sein kann, das wird der Herr Finanz-Minister zugestehen müssen. Nun bezieht er sich darauf, daß in Aussicht stehe, daß das Reich die Sache machen werde. Ja, das ist ja vortrefflich, wenn durch ein Reichsgesetz die einzelnen Regierungen gehindert werden eine ähnliche Steuer einzuführen, aber sonderbar ist nur, daß gar kein anderer deutscher Staat als Preußen sie hat. Eine solche Bestimmung, daß die Steuer in keinem anderen Staate eingeführt werden solle, ist ganz vortrefflich und um so leichter auszuführen, wenn Preußen hochherzig die Initiative ergriffen und seine Steuer abgeschafft haben wird. Dann wird es nur nöthig sein, den bestehenden Zustand rechtlich festzustellen. Mit Ausnahme der Stadt Hamburg besteht auch keine Inseratensteuer; daher muß es uns der Herr Finanzminister nicht verübeln, wenn wir befürchten, die Steuer werde nur als ein Unterhandlungsobject für irgend einen wesentlichen Punkt hineingezogen, und die Befreiung der Presse nur geboten, um auf der anderen Seite irgend eine Concession zu erlangen. Das wäre eine falsche Voraussetzung und der Herr Finannzminister müßte sich überzeugen lassen, daß die Sache auf rein preußischem Boden ausgetragen werden könnte und sollte.

Wenn ich nun noch an die Kleinheit der Summe denke, so scheint mir der Finanzminister wohl in der Lage, auf dieselbe Verzicht leisten zu können. Nach den Mittheilungen in der betreffenden Gruppe hat nämlich der Zeitungsstempel betragen im Jahre 1871 921,821 Thlr., im Jahre 1872 1,008,457 Thlr., also im Durchschnitt 965,000 Thlr.; der Kalenderstempel betrug im Jahre 1873 121,360 Thlr., im folgenden Jahre 123,760 Thlr., also im Durchschnitt 122,560 Thlr., das macht zusammen circa 1 Million Thaler; ich glaube, daß kein Grund vorhanden ist, diese Summe als Unterhandlungsobject in das Reichsgesetz zu werfen; ich meine, jede Materie, die im Schooße der Landesvertretungen geordnet werden kann, sollte nicht auf das Gebiet der Transactionen im Reichstage gebracht werden. Das preußische Volk hat einen verfassungsmäßigen Anspruch darauf, daß ihm die Presse und damit die Mittel der fortschreitenden Bildung im reichen Maße geboten und der Presse keine Schranken entgegengestellt werden, welche die Möglichkeit, eine Culturarbeit auf diesem Gebiete zu Stande zu bringen, beeinträchtigen. Wenn der Herr Finanzminister gestattet, daß eine rein preußische Steuer, für die kein Analogon in irgend einer anderen deutschen Gesetzgebung existirt, in die Reichspreßgesetzgebung hineingetragen wird, daß die Beseitigung gewissermaßen als eine Bedingung für die Zustimmung zu anderweitigen lästigen Bedingungen aufgestellt werde, so schädigt er, partikularistisch gesprochen, uns Preußen auf Kosten des Reichs, er macht uns zu einem Unterhandlungs-Object. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß eine in der That so partikularische Materie nicht zum Gegenstand der allgemeinen Reichsgesetzgebung gemacht werde. Wohin diese Art von Verhandlungen führt, des zeigt am besten der mecklenburgische Verfassungsstreit, der auch nur vom Reiche ausgetragen werden kann, weil die dortige Regierung auch den Ständen gegenüber sich fortwährend abwehrend verhält. Ich kann nicht anders sagen, als daß der Streit um die Zeitungssteuer in meinen Augen die vollkommenste Parallele bildet zu dem in der That übel beleumundeten mecklenburgischen Verfassungsstreit und so sehr ich wünsche, daß die Mecklenburger mit ihrer Regierung fertig würden, ohne dazu noch eine besondere Intervention des Reiches anrufen zu müssen, so sehr wünsche ich, daß wir mit unserer Regierung zum Austrag kämen, ohne auf ein besonderes Reichsgesetz zu warten Veranlassung hätten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Tiedemann: Durch die Reden des Abg. Windhorst zieht sich bandwurmartig der Reptilienfonds, über dessen Verwendung er ungeheure Enthüllungen in Aussicht stellt, welche die Neugier auf das äußerste spannen, ohne sie zu befriedigen. Auch seine heutigen Andeutungen gingen über unbestimmte Aeußerungen über Beeinflussung, officiöse und halbofficiöse Correspondenz u. s. w. nicht hinaus. Nur das Eine wundert mich: ich hatte erwartet, der Redner würde auf die große Versammlung hinweisen, die in diesen Tagen in London unter Mitwirkung des Lord Russell und des Erzbischofs von York stattfinden wird, und behaupten, diese Herren seien aus dem Reptilienfonds dazu veranlaßt worden. — Unter der heutigen Zeitungssteuer leidet am Meisten die kleine anständige Presse, welche nicht vom Skandal lebt und keine bestimmt prononcirte Parteistellung einnimmt. Der Abg. Windthorst spricht immer von der officiösen Presse, ich möchte mir einen Hinweis auf die kleine ultramontane Presse erlauben. Es ist ein eigenthümliches Ding damit; Sie können kaum ein Zeitungsblatt dieser Gattung in Hand nehmen, ohne darin Angriffe zu finden, die sich in einem eigenthümlichen Klimax aufbauen. Zuerst werden mit Vorliebe die Freimaurer angegriffen, das sind Leute, welche mit Gift und Dolch in der Westentasche herumlaufen und äußerst gefährlich sind; dann kommen die Nationalliberalen (die Freiconservativen weniger; es würde mir sehr lieb sein, wenn wir in diesen Beziehungen mit den Nationalliberalen zusammengeworfen würden), das sind Leute, die nicht an Gott glauben, die Kirchen schließen wollen und was dergleichen mehr ist. Dann kommt eine mystische Figur, von der man nicht erkennen kann, ob sie der leibhaftige Gottseibeiuns sein soll oder ob damit eine hohe Persönlichkeit im deutschen Reiche bezeichnet wird, denn Namen werden nicht genannt, welche mit den entsetzlichsten Plänen gegen die katholische Kirche, gegen Familie u. s. w. schwanger geht. (Heiterkeit.) Gegen eine solche skandalsüchtige Presse kann die kleine reichs- und staatsfreundliche Presse nicht ankämpfen, weil eine Entgegnung niemals so pikant sein kann als ein Angriff. Weil ich nun die reichsfreundliche Presse gegen die ultramontanen und socialdemokratischen Blätter unterstützen will, stimme ich für den Antrag.

Hiermit schließt die erste Berathung. Persönlich bemerkt der Abg. Aegidi: Der Abg. Windthorst hat gemeint, ich könne Aufschluß ertheilen über gewisse Dinge, die ich nicht als Abgeordneter, sondern in einer andern Eigenschaft erfahren. Der Abgeordneter für Moers wird sich nicht darauf einlassen. Ich bitte aber das hohe Haus aus meinem mir angemessen scheinenden Schweigen nicht den Schluß zu ziehen, als ob ich irgend eine der vielen pikanten Behauptungen des Abgeordneten Windthorst damit direct oder indirect habe bestätigen können oder wollen.

Ferner bemerkt Abg. Reichensperger gegen Virchow, daß sich der seiner Zeit von ihm gebrauchte Ausdruck „purer Unsinn" auf den Art. 78 der Verfassung bezogen habe, also auf den verurtheilten Satz, nicht auf die Verurtheilung desselben durch den Syllabus. Denn der verurtheilte Satz gelte in keinem Lande: in Amerika dürfe nicht jeder Kultus ausgeübt werden, die Mormonen wolle man daran verhindern; in Preußen dürfe man nicht jede beliebige Aeußerung thun, sondern werde eventuell bestraft. Abg. Virchow ist mit dem Vorredner vollkommen einverstanden und differirt nur in dem Punkte, daß er nicht verstehe, wie der Papst nichts weiter zu thun habe, als einen in aller Welt für Unsinn anerkannten Satz für einen Irrthum zu erklären. (Heiterkeit.)

Das Haus tritt sofort in die zweite Berathung des Antrages Bernards ein. Abg. Windthorst (Meppen): Zunächst erlaube ich mir die höchst persönliche Bemerkung, daß ich leider heiser bin, damit nicht aus der Anstrengung meiner Stimme geschlossen werde, ich sei leidenschaftlich. (Heiterkeit.) Der Vicepräsident des Staatsministeriums hat auf die Verhandlungen vom März zurückgewiesen, meine Anführung war seine Erklärung bei der ersten Berathung des Staatshaushalts in dieser Session; ich habe ausdrücklrch hervorgehoben, daß sie etwas anders lautete, als die damalige. Leider muß ich aus den Aeußerungen des Finanzministers entnehmen, das die Staatsregierung nicht geneigt ist, die Angelegenheit vor dem Reichspreßgesetz zu ordnen, obgleich ich eben so wenig, wie der Abg. Virchow, einen Zusammenhang der Steuer mit dem Reichspreßgesetz entdecken kann. Wenn der Abg. Virchow meint, wir hätten den Antrag nicht selbst, sondern durch einen Freund aus einer andern Partei einbringen lassen sollen, so bin ich ihm für diesen Wink sehr dankbar und hoffe, daß er für verschiedene meiner Wünsche ein offenes Ohr haben wir. Ich denke aber, daß die Staatsregierung sich ihrer Pflicht bewußt bleiben wird, über den Parteien zu stehen und jeden Antrag zu prüfen nach seiner objectiven Bedeutung ohne Rücksicht auf diejenigen, die ihn eingebracht haben. Wir kämen sonst in eine so mißliche Lage, daß eine derartige Annahme von Seiten der Minister als eine unmögliche bezeichnet werden sollte. Wenn ein Redner darauf aufmerksam machte, daß ich sehr viel vom Reptilienfonds spreche, so ist das ein Irrthum; ich habe allerdings dann und wann davon gesprochen, aber immer geschwiegen, wenn andere sprachen. Aber es wird allerdings Zeit sein, dieser Angelegenheit näher zu treten und ich weiß zu meiner Befriedigung, daß es von einer Seite geschieht, die nach den Anschauungen des Abg. Virchow der Regierung angenehmer ist, als ich. Was die Sache betrifft, so bitte ich Sie um möglichst einstimmige Annahme des Antrages, damit wenigstens das preußische Abgeordnetenhaus dadurch ausspreche, daß es die Verschleppung der Sache, welche darin liegt, daß die Angelegenheit bis zum Reichspreßgesetz warten soll, nicht billige. Unter allen Umständen bin ich der Ansicht, daß der Reichstag nicht geneigt sein werde, Grundsätze, wie sie im preußischen Preßgesetzentwurf aufgestellt sind, zu billigen, um nur die Steuer los zu werden. Die Rechnung ist also jedenfalls verkehrt. Ich denke die königliche Staatsregierung wird einem einmüthigen Beschluß des Hauses gegenüber von ihrem Wiederstand ablassen.

Auf den Antrag des Abg. Rudolphi (Köln), unterstützt von 58 Mitgliedern, wird über den Bernards'schen Gesetzentwurf namentlich abgestimmt und derselbe mit 351 gegen 6 Stimmen angenommen. Diese 6 Stimmen werden von den Abgg. Staatsministern Dr. Falk und Graf zu Eulenburg, ferner von v. Manteuffel, Haucke, v. Studnitz und dem Grafen Hochberg-Fürstenstein abgegeben. Abg. Krüger enthielt sich der Abstimmung. (Inzwischen hat der Vicepräsident Dr. Löwe den Vorsitz übernommen.)

Das Haus geht nunmehr zu der von dem Abg. Schmidt (Stettin) eingebrachten Resolution über: „die Staatsregierung aufzufordern, über die Erledigung der vom Hause der Abgeordneten an sie gerichteten Anträge und Resolutionen beim Beginne der nächsten ordentlichen Session in Form einer schriftlichen Uebersicht Auskunft zu geben."

Abg. Schmidt: Meine Herren, es ist stets als großer Uebelstand im großen Staat Preußen anerkannt worden, daß der geschäftliche Verkehr zwischen der Staatsregierung und dem Landtage weniger günstig ausgebildet ist, wie in anderen kleineren constitutionellen deutschen Staaten. Während in diesen von den Regierungen bereitwilligst über alle Anträge und Resolutionen der früheren Sessionen Auskunft ertheilt wird, verhält sich sehr oft die preußische Regierung völlig schweigsam. Das Haus hat einen Monolog abgehalten, den die Regierung in keiner Weise unterbrochen hat. Dies steht im Widerspruche mit der alten Praxis in Preußen, wonach jeder, der sich mit einer Eingabe an die Staatsregierung wendet, eine Antwort erhält. Hier im Hause dagegen ist der Verkehr mit der Regierung ein so mangelhafter, daß Anträge Seitens der Petitions-Commission, in welchen Petitionen der Regierung zur dringenden Abhilfe empfohlen wurden, von der Regierung völlig todt geschwiegen wurden. Ja, es ist sogar vorgekommen, daß weder der Herr Minister, noch sein Commissar irgend etwas von Anträgen wußten, die hier im Hause angenommen waren. Es ist schon mehrfach hier darauf aufmerksam gemacht worden und ich selbst habe 1871 einen dem heutigen völlig entsprechenden Antrag eingebracht, der jedoch an dem Widerstande der andern Seite des Hauses, welche dieser rein geschäftlichen Frage eine große politische Bedeutung unterlegte, scheiterte. Selbst in Mecklenburg werden Landtagsabschiede, wie sie etwa mein Antrag verlangt, ertheilt, ebenso auch in den Preußischen Provinzial-Landtagen und auch im Deutschen Reichstage. Dort hat auch, soviel ich weiß, die Preußische Regierung mit allen Stimmen im Bundesrathe dafür gestimmt und ich darf wohl annehmen, daß sie auch diesmal kein Bedenken gegen die Sache haben wird, zumal es sich durchaus nicht um eine Prinzipienfrage handelt. Es liegt gar nicht etwa in meiner Absicht, die Controle des Hauses zu erweitern, sondern es handelt sich lediglich um eine rein geschäftliche Frage, insofern wir nur wissen wollen, was aus unsern jedesmaligen Anträgen und Resolutionen geworden ist.

Der Minister des Innern: Ich habe durchaus keine prinlipiellen Bedenken gegen den Antrag, nur befürchte ich, daß die Annahme desselben zu einer zu großen Anhäufuna der Geschäfte führen würde. In den Ausführungen des Herrn Antragstellers wurde nur immer das Todtschweigen Seitens der Regierung betont; wenn wir aber nach dem Grunde dieses Verfahrens suchen, so finden wir nicht etwa, daß sich die Regierung nicht um die Sache gekümmert hat, sondern daß der Gegenstand entweder erledigt worden ist oder Hindernisse gefunden hat; jedenfalls aber sind immer die Anträge und Resolutionen Gegenstand der eingehendsten Berathung gewesen. Was nun die von dem Herrn Vorredner angeführten Provinziallandtags-Abschiede betrifft, so muß ich bemerken, daß diese Versammlungen nur alle zwei oder drei Jahre zusammenkamen und daß es dann natürlich war, über das inzwischen Geschehene Bericht zu erstatten. In neuerer Zeit, nachdem die Perioden des Zusammentritts der Landtage anders geworden sind, finden auch die Abschiede nicht mehr statt. Ich erwähne nochmals, daß durch Annahme des vorliegenden Antrages neue außerordentliche Arbeiten zu den Geschäften der Regierung hinzugefügt werden würden, und aus diesem praktischen Grunde möchte ich ihnen rathen, den Antrag abzulehnen, nicht weil die Regierung principiell etwas dagegen einzuwenden hätte, sondern weil dadurch eine Geschäftserweiterung herbeigeführt werden würde, welche die Regierung in ihren großen Aufgaben, mit denen sie beschäftigt ist, nur hemmen würde.

Abg. Schmidt wiederholt, daß Anträge, die vom Hause angenommen waren, von der Regierung völlig unberücksichtigt geblieben seien. Es handle sich nicht blos um Petitionen, sondern auch um legislatorische Anträge, deren Schicksale man erfahren wolle. Wenn der Herr Minister sage, daß durch Annahme des Antrages eine zu große Belastung der Regierung eintreten würde, so wolle er nur daran erinnern, daß das Reichskanzleramt, anerkannt eine der beschäftigtsten Behörden, sich bereitwillig der hier gewünschten Berichterstattung unterzogen habe.

Der Minister des Innern: Ein Beschluß des Hauses mag in einzelnen Ressort-Ministerien einmal übersehen sein; aber in der neuen Einrichtung liegt durchaus keine Garantie dafür, daß dies künftig nicht geschieht. Was die Petitionen betrifft, so liegt es ja nur im Interesse der Petenten, zu erfahren, was aus denselben geworden sei und das Haus hat gar keinen Grund, dies als eigene Sache zu behandeln. Wenn aber der Herr Antragsteller eine Berichterstattung über Gesetzesvorlagen aus dem Hause verlangt, so wird die Regierung damit in die Lage gebracht, auch eine Auseinandersetzung über die Gründe der Ablehnung und also eine förmliche Behandlung des Themas geben zu müssen, die dann wieder Grund zu neuen Verhandlungen geben würde. Ich möchte Ihnen empfehlen meine Herren, sich hier auf den guten Willen der Regierung zu verlassen, daß dieselbe lieber schaffe, was die Noth des Augenblicks erfordert, als daß sie durch Formalitäten ihre Arbeitskraft überlaste.

Abg. Windthorst (Meppen): Im Reichstage habe man ersehen, daß der verlangte Bericht ganz ungenügend sei und nur zu geschäftlichen Debatten Anlaß gegeben habe. Außerdem liege aber wohl in dem Antrage eine Principienfrage versteckt, nämlich das Bestreben, sich immer und überall in die Verwaltung einzumischen. Uebrigens sei der Antrag völlig unnöthig, da bei Berathung des Budgets genügende Gelegenheit gegeben sei, den Beschlüssen des Hauses Nachdruck zu verschaffen.

Abg. Eberty: Ich halte es der Würde des Hauses durchaus nicht entsprechend, wenn dasselbe darauf verzichten soll, eine Antwort auf seine Anträge zu erhalten, während doch jeder Privatperson eine solche zu Theil wird. Wir wollen hier nicht nur Monologe halten, sondern Discussionen, welche Klarheit in die einzelne Sache bringen. Der Antrag bezweckt nur, eine Brücke zu schlagen von einer Session zur andern, wie dies schon längst in deutschen und außerdeutschen Staaten der Fall ist.

Abg. Techow bestreitet dem Abg. Windthorst gegenüber, daß der Antrag irgend welche principielle Bedeutung habe; derselbe betreffe lediglich die Geschäftsordnung und führe auch durchaus nicht zu einer Ueberlastung der Regierung.

Finanzminister Camphausen: Meine Herren! Ich halte die Annahme des Antrages für unzweckmäßig und ob man den Gegensatz so zuspitzen soll, daß man ihn für principiell unzulässig erklärt, kann noch die Frage sein. Wenn Beschwerde darüber geführt wird, daß das Haus über seine Anträge nicht unterrichtet werde, so muß ich für mein Ressort dies bestreiten. Auf Anträge, die zum Etat gestellt sind, wird immer Antwort ertheilt, sei es, daß die Regierung darauf eingeht, oder sie ablehnt. Wenn man beim Reiche eine andere Einrichtung getroffen hat, so ist doch nicht zu übersehen, daß die Angelegenheiten im Particularstaate weit umfassenderer Natur sind, als sie beim Reiche vorkommen können. Ich hebe ferner hervor, daß die Frage, ob die im Reiche im vorigen Jahre beliebte Einrichtung sich als zweckmäßig erweisen werde, meiner Ansicht nach noch keine Antwort gefunden hat. Daß alle in den Anträgen bereits erledigten Angelegenheiten durch den Bericht gewissermaßen noch einmal auf die Tagesordnung gebracht werden, ist entschieden keine gute Einrichtung. Darum wiederhole ich nochmals, daß ich die Annahme des Antrages für unzweckmäßig halte.

Abg. Brauchitsch erblickt in dem Antrage eine große Inconsequenz der liberalen Partei in Bezug auf das Princip, daß ein für die neue Legislatur-Periode gewählter Abgeordneter durchaus mit seiner früheren Thätigkeit nichts mehr zu thun haben dürfe, sondern gewissermaßen im Hause eine ganz neue Person sei.

Abg. Richter (Hagen) erklärt sich für den Antrag und betont dem Herrn Minister gegenüber, daß auch das Haus Interesse an den Petitionen habe, in so fern in denselben meist öffentliche Angelegenheiten behandelt würden.

Abg. Lasker: Wir werden gut thun, dem Antrage kein größeres Gewicht beizulegen, als es der Herr Antragsteller beabsichtigt. Wir wünschen nur Rechenschaft darüber, ob und in welcher Weise unsere Anträge bei der Regierung verhandelt worden sind, und darin liegt, meines Erachtens durchaus kein politisches Princip. Wenn der Herr Finanzminister auf das Unvollkommene der Einrichtung im Reichstage hinwies, so muß ich ihm darin Recht geben, doch bin ich der festen Ueberzeugung, daß sich die Sache verbessern lassen wird.

Hierauf wird die Debatte geschlossen und der Antrag mit großer Majorität angenommen.

Nachdem das Haus in dritter Berathung das Gesetz, betreffend die Berechnung des Kostenpauschquantums der Armenverbände ohne Debatte genehmigt hat tritt es in die Berathung des Etats und zwar des Specialetats der Forstverwaltung. Cap. 5, welches die außerordentlichen Ausgaben enthält, sowie die Titel 1 und 8 des 2. Capitels und Titel 3 des 4. Capitels, zu welchen Anträge vom Abg. Richter-Hagen vorliegen, werden an die Budgetcommission verwiesen.

Bei Berathung der Position: „Einnahme für Holz" bemerkt Abg. Schmidt (Stettin), daß die Summe von 14,000,000 Thaler wohl zu hoch gegriffen sei, da derartige Preise, wie sie im letzten Jahre erzielt wurden, und die nur in der allgemeinen großen Baulust ihren Grund hatten, wohl schwerlich wieder vorkommen würden.

Abg. Frenzel macht die Regierung auf den Uebelstand aufmerksam, daß bei Versteigerung des gehauften Holzes den Leuten durchaus keine Garantie geboten würde, daß sie auch wirklich das Holz überwiesen erhielten, indem sehr oft schon zur Zeit der Versteigerung das Holz gestohlen sei, so daß zur Zeit der Ueberweisung nichts mehr vorhanden sei. Die Regierung müsse mindestens 14 Tage nach der Versteigerung für die wirkliche Ueberweisung garantiren, und die Forstbeamten würden dann schon genügend dafür sorgen, daß das Holz nicht gestohlen würde.

Reg.-Comm. Hagen: Das Bedenken des Herrn Abg. Schmidt ist völlig ungerechtfertigt; ich glaube, daß wir bestimmt auf die im Etat veranschlagte Summe rechnen können. Was nun die von Herrn Abg. Frenzel ausgesprochene Beschwerde betrifft, so muß ich leider bemerken, daß es durchaus unmöglich ist, daß die Regierung die verlangte Garantie übernimmt. Es ist schon mehrfach der Versuch damit gemacht worden, es haben sich aber in Folge dessen die Holzdiebstähle so gemehrt, daß von der Sache wieder Abstand genommen werden mußte.

Bei Berathung der Position: Gehälter der Forsthülfsaufseher macht der Abg. Bernhardt auf die Unzulänglichkeit der Besoldung dieser Beamten aufmerksam und spricht den Wunsch aus, die Regierung möge im nächstjährigen Etat eine höhere Summe dafür verwenden.

Abg. Thomsen macht darauf aufmerksam, daß die Dienstländerein der Forstbeamten meist in sehr schlechtem Zustande seien, was seinen Grund einmal in dem beständigen Wohnungswechsel derselben, dann aber auch in der unzureichenden Besoldung habe. Er bittet die Regierung hier Abhülfe zu schaffen.

Abg, Miquel erwiedert, daß verschiedene Petitionen über diesen Gegenstand dem Hause zugegangen seien, und daß es bei Berichterstattung über dieselben Gelegenheit geben werde, sich näher über die fragliche Angelegenheit zu äußern.

Zu der Position für Ankauf von Grundstücken zu den Forsten bemerkt Abg. Graf Matuschka, daß das Verfahren dabei ein so langwieriges und schleppendes sei, daß oftmals der Erwerb von sehr geeigneten Grundstücken vereitelt würde. Die Regierung möge es sich angelegen sein lassen, hier ein kürzeres Verfahren einzuführen.

Regierungscommissar Hagen verspricht der Sache seine Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Schließlich beschäftigt sich das Haus, nachdem ein Antrag Bergers auf Vertagung um 3¼ Uhr abgelehnt worden, mit Wahlprüfungen. Die 7. Abtheilung hat die Wahl des Abg. Prinzen Handjery, der mit fünf Stimmen über die absolute Majorität im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow gewählt worden ist, zu beanstanden und die Acten der Staatsregierung mit der Aufforderung zu übermitteln, beantragt, über die Stellung des Lieutenants Götsch zu dem Landrath Prinzen Handjery resp. zu den Geschäften des von letzterem verwalteten Landrathsamtes von der königl. Regierung zu Potsdam amtliche Auskunft zu erfordern; ferner fünf mit Namen bezeichnete Personen zeugeneidlich über die behauptete Wahlbeeinflussung des Götsch vernehmen zu lassen. Derselbe hat früher in Altpreußen ein oder zwei Landrathsämter verwaltet, zuletzt das in Wehlau, und es fragt sich, ob er sich in einer amtlichen Stellung oder irgend einer amtlichen Beziehung zum Landrathsamt in Teltow befand, als er sich für die Wahl des Prinzen Handjery thätig erwies. Der Minister des Innern und der Abg. Prinz Handjery verneinen das auf das Bestimmteste und darauf hin beschließt das Haus mit sehr großer Majorität dem Antrage des Abg. Scharnweber gemäß, den u. A. auch Miquel unterstützt, die Wahl des Prinzen Handjery für giltig zu erklären.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Vereidigung der neu eingetretenen Mitglieder, dritte Berathung der Abänderung des Grundsteuergesetzes, Fortsetzung der Etatsberathung, Wahlprüfungen.)

Berlin, 3. December. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser haben den Gemeinderath, Oekonomen Valentin Touvet zu Pfirt, Bezirk Ober-Elsaß, zum Beigeordneten dieser Gemeinde ernannt.

Se. Majestät der König hat die bisherigen Regierungsassessoren Robert Förster zu Posen, Erich von Caprivi zu Breslau und Hugo Dieck zu Düsselldorf zu Königl. Eisenbahn-Directoren mit dem Range der Räthe vierter

Klasse ernannt; und dem Glasermeister Georg August Wilhelm Ernst Laacke zu Berlin das Prädicat eines Königlichen Hofglasers verliehen.

Der bei der Königlichen Eisenbahn-Direction in Saarbrücken beschäftigte bisherige Gerichtsassessor Otto von Mühlenfels ist zum Regierungsassessor ernannt worden. — Der Berlin-Anhaltischen Eisenbahngesellschaft ist die Erlaubniß zur Anfertigung genereller Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Glöwen nach Zerbst bezüglich des diesseitigen Staatsgebietes ertheilt worden. — Der Aachener Industriebahn-Actien-Gesellschaft ist die Genehmigung zur Ausführung der generellen Vorarbeiten für die Verlängerung ihrer Aachen-Hönger Eisenbahn bis Jülich ertheilt worden.

Berlin, 3. Dec. [Se. Majestät der Kaiser und König] machten heute eine Spazierfahrt und nahmen später den Vortrag des Ministers des königl. Hauses, Frhrn. v. Schleinitz entgegen.

[Ihre kaiserl. und königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] begaben sich gestern Vormittag 11 Uhr zur Begrüßung Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin nach dem königl. Palais. Um 11¾ Uhr ertheilte Se. kaiserl. und königl. Hoheit dem Dr. Gustav Radde Audienz. Um 1¼ Uhr machten Ihre kaiserl. und königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin beim österr. Botschafter Grafen Karolyi einen Gratulationsbesuch. Von 7½ Uhr an wohnten Höchstdieselben der Vorstellung im Opernhause bei.

[Des Kaisers und Königs Majestät] haben genehmigt, daß der in den Händen des Geh. Staatsraths Stichling in Weimar befindliche, noch manches Ungedruckte enthaltende handschriftliche Nachlaß Herders für die königl. Bibliothek in Berlin angekauft werde.

(Reichsanz.)

[Der Adresse des Herzogs von Ratibor] sind ferner beigetreten viele aus Trier, Erkelenz, dann

aus dem Kreise Groß-Strehlitz: Gottschalk, Lehrer in Kzienzowiek, Jos. Frank, dito in Leschnitz, E. Gorke, dito in Gogolin, Gottschalk II., dito in Gr. Stein, Kuzia, dito in Schimischow, Pissarczyk, dito in Jeschona, Stryz, dito in Zyrowa;

in Myslowitz: Dr. Amende, Knappschaftsarzt, Berger, Maurermstr. u. Stadtverordn., Bendix, Lehrer, Dr. Friedrich, prakt. Arzt und Rathsherr, Fischer, Telegraphen-Aufseher, Drieschner, Stations-Assistent, Großmann, Güter-Exped.-Vorsteher, Hein, Schichtmstr., Höregott, Stations-Vorsteher, Juraskv, Kaufm., Knesek, Kassen-Diätar, Kowollik, Sekretär, Kowarsch, Grenz-Aufseher, Langer, Lazareth-Verw., Linke, Stations-Assist., Lange, Ingenieur, Müller, Rathsherr u. Maurermstr., Mücke, Bahnmeister, Neumann, Assist., Oberle, Bureau-Vorsteher, v. Prominski, Stations-Assist., Rendschmidt, Rechtsanw., Riedl, Oberwärter, Spendel, Bur.-Diät., Stanjek, Apoth., Sollors, Lehrer, Thiel, Portier, Walter, Bahnmeister, Zimnik, Lehrer und Präparandenbilder, Zejma, Pharmazeut;

in Laurahütte: E. Baron, Waagemstr., A. Dygatz, Oberpuddler, Th. Schafflick, Waagemstr., Joh. Koschera, Aufseher, Fuhrmann, Ingenieur, A. Fischer, do., E. Thiele, Bureaudiener, F. Haida, Portier, Joh. Hein, Polizei-Sergeant, Joh. Greiner, Waagemstr., Rob. Piechatzek, Portier, C. Fristatzki, Waagemstr., Aug. Welke, do., L. Pollok, Oberpuddler, Buchaly, Stations-Assistent, F. Goroll, Kaufmann, A. Dziewior, Gußwaarenputzer, A. Hruby, Schienenfraiser, F. Roesch, Schlossermeister, C. Jarczyk, Bahnmeister, Joh. Franz, Klempnermeister.

Ferner: Bittner, Stations-Aufseher in Neuberun, Dittrich, Obersteiger in Glückaufgrube, Groenow, Hüttenbeamter ebendaselbst, Kurtz, Lehrer in Janow, Olbrich, Schichtmstr. in Carlsseegen-Grube, Pessel, Obersteiger ebendaselbst, Schönfelder, Steiger in Brzenskowitz, Weiß, Lademstr. in Brzczinka, Weidlich, Güter-Expedient in Oswiecim, Wenzel, Assistent daselbst, Dr. Emil Müller, Oberlehrer am Königl. Gymnasium in Gnesen. Mehrere unleserlich geschriebene Namen haben hinweg gelassen werden müssen.

[Der Handels-Minister] hat mit der Stadt Lüneburg einen Vertrag abgeschlossen, durch welchen das dortige Rathssilberzeug, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landtag, in den Besitz des Staates für 220,000 Thaler und eine galvanoplastische Abbildung der Geräthe übergeht. Der Silberschatz wird dem Gewerbe-Museum zu Berlin einverleibt werden.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 30. Novbr. [Landeswahlverein der liberalen Partei.] Die gestern in Rostock abgehaltene General-Versammlung des Landes-Wahlvereins der liberalen Partei war sehr zahlreich von Deputirten der Wahlvereine des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin besucht. Zu dem Programm der Partei wurde in derselben ein gegen die ultramontanen Bestrebungen gerichteter Zusatz gemacht. Außerdem beschloß die Versammlung bezüglich der mecklenburgischen Verfassungs-Angelegenheit, nachstehende Erklärung abzugeben: „1) daß sie die Regierungs-Vorlage wegen Modification der Landesverfassung für eine geeignete Grundlage der Verhandlung nicht anzuerkennen vermöge und daher deren unbedingte Ablehnung wünsche; 2) daß sie die Herbeiführung einer constitutionellen Landesverfassung ohne die Hilfe des Reiches nicht für möglich halte und daher die zu wählenden mecklenburgischen Reichstags-Abgeordneten auffordere, im Reichstage für die Errichtung jenes Zieles unausgesetzt wirken zu wollen. Bezüglich der Abgeordnetenwahl wurden diejenigen 4 mecklenb.-schwer. Abgeordneten, welche nicht bereits erklärt haben, unter allen Umständen auf Wiederwahl verzichten zu müssen, den Wahlkreisen, ohne damit der freien Entscheidung der letzteren vorgreifen zu wollen, von Neuem empfohlen. Diese vier Abgeordneten, von denen jedoch drei erklärt haben, nur für den Nothfall sich wieder zur Verfügung stellen zu wollen, sind: Regierungsrath Dr. Prosch-Schwerin, Moritz Wiggers-Rostock, Rittergutsbesitzer Pogge-Roggow und Advokat Friedrich Büsing-Schwerin. Für den zweiten Wahlkreis, wo der bisherige Abgeordnete Bürgermeister Westphal-Schwerin aus Gesundheitsrücksichten auf Wiederannahme eines Mandats hat verzichten müssen, wurde auf Antrag der Vertreter der Wahlvereine von Schwerin und Wismar der Bürgermeister Haupt zu Wismar als Candidat empfohlen. Rücksichtlich des fünften Wahlkreises (Rostock), wo Herr Bankdirector Büsing-Schwerin sich durch sein Amt behindert sieht, von Neuem eine Wahl anzunehmen, waren die Vorberathungen noch nicht so weit gediehen, um schon aus der Zahl der ins Auge gefaßten Persönlichkeiten eine einzelne auszuscheiden und deren ausschließliche Candidatur zu proclamiren. Die Versammlung begnügte sich daher, nachdem der Bürgermeister Dr. Zastrow-Rostock eine Candidatur abgelehnt hatte, die Herren Senator Behm, Senator Dr. Witte und Professor Dr. Baumgarten, sämmtlich zu Rostock, als für eine Candidatur geeignete Persönlichkeiten zu bezeichnen und das Weitere dem Wahlkreis zu überlassen. (Voss. Z.)

Aus Schleswig-Holstein, 1. December. [Die Friesen.] Bekanntlich sind die Friesen, welche die Inseln an der Westküste von Schleswig-Holstein bewohnen, von alter Zeit her als Seefahrer berühmt und widmen sich ihrem Berufe mit Leidenschaft von Jugend auf. Eine solche Bevölkerung ist für unsere Marine und speciell für die Kriegsmarine von unschätzbarem Werthe; sie verdient die sorgsamste Pflege ihrer Eigenheiten von Seiten des Staates. Die „Hamburger Börsenhalle" äußert sich über die gegenwärtigen Zustände unter der friesischen Bevölkerung folgendermaßen:

„Die Inselfriesen haben von Alters her sich selber die nöthige Theorie ihres Berufs, die sogenannte Steuermannskunde, durch ihre eigenen Navigationslehrer zu verschaffen gewußt, und hatten eben dieser ihrer Kenntnisse wegen neben ihren sonstigen tüchtigen Eigenschaften fast in allen Seestädten Deutschlands, Hollands und Dänemarks nicht allein einen vorzüglichen Ruf, erwarben sich als Schiffsführer und Wallfischfänger ihr gutes Auskommen, sondern ihre Navigationsschulen waren in dem Grade berühmt, daß dieselben von Schülern aus allen Gegenden Schleswig-Holsteins und Dänemarks besucht wurden. Da kam die Neuzeit mit ihren größeren Forderungen auch an die Seefahrerwelt, und ihrem, wenn möglich alles nach der Schablone einrichtenden und gleichmachenden Regiment. Es wurde in Schleswig-Holstein Staats-Navigationsschulen errichtet, in Schleswig solche blos an der Ostseite des Landes, in Flensburg und Apenrade. Allein an der ganzen Westseite des Landes, die in so vieler Hinsicht von Seiten der früheren Regierung vernachlässigt war, obgleich die friesischen Einwohner daselbst durch ihre stets bewiesene deutsche Gesinnung doch eher eine Begünstigung als z. B. die Seefahrer in und bei Apenrade verdient hätten, wurde keine solche privilegirte Lehranstalt errichtet. Statt einer solchen gehofften Begünstigung wurde den Inselfriesen ihre bisherige, selbst von den Dänen ihnen gegönnte Land-Militärfreiheit genommen. Da verloren die Inselfriesen die Aussicht, in alter Weise ihr Fortkommen und Glück auf dem Meere finden zu können; die Föhrer und Amrumer jungen Männer wanderten fast alle aus, und die Mehrzahl der Sylter wird ihnen schließlich folgen. Die Seestädte Deutschlands aber verlieren dabei eine große Menge tüchtiger Seeleute."

Wenn nun auch der Jammer des Hamburger Blattes darüber, daß die friesischen Inseln „überhaupt ihr altes Glück und ihre alte Freiheit und Berühmtheit jetzt verloren zu haben scheinen", als eine tendenziöse Uebertreibung zu betrachten und wenn anzunehmen ist, daß die Inselfriesen sich wohl auch allmälig als gute Deutsche mit dem Verluste der zur dänischen Zeit von ihnen besessenen „Freiheiten" aussöhnen werden, so mag doch ihr Wunsch nach Errichtung einer „privilegirten" Staats-Navigationsschule in einem Hafen der schleswigschen Westküste oder auf einer der schleswigschen Westsee-Inseln immerhin der maßgebenden Stelle ans Herz gelegt sein. Mit den specifisch Hamburger Klagen über die Begünstigung der Ostseehäfen durch die preußische Regierung wird dem Lande Schleswig-Holstein am wenigsten gedient sein, da die alten Handelsbeziehungen desselben eine Pflege der Interessen der Ostseeschifffahrt durch die Regierung dringend erheischen. (N. Z.)

Swinemünde, 3. December. [Der Postdampfer] des baltischen Lloyd „Washington" ist heute mit Passagieren und Ladung via Antwerpen nach Newyork in See gegangen.

Köln, 3. December. [Confiscation.] Das gestrige zweite Blatt der „Kölnischen Ztg." ist wegen Veröffentlichung der Encyclica des Papstes vom 21. November d. J. confiscirt worden.

München, 30. November. [Neuer Wahlgesetzentwurf.] Der „Bair. Cur." schreibt: Wie verlautet, soll die königl. Staats-Regierung einen neuen Wahlgesetzentwurf in Bereitschaft haben, mit dem Prinzipe allgemeiner und direeter Wahl und mit der Bestimmung, daß die Landtags-Abgeordneten statt der bisherigen Diäten und Reisegelder mit einer Bauschsumme für jede Session abgefunden werden sollen.

Oesterreich.

Wien, 3. December. [Der Kaiser] hat heute Mittag die Botschafter des deutschen Reichs, Frankreichs und Englands, sowie die Gesandten Baierns, Dänemarks und Portugals empfangen, welche Glückwunsch-Handschreiben ihrer Souveräne überreichten.

Großbritannien.

E. C. **London,** 29. November. [Zum Kriege an der Goldküste.] Zu den Truppen, welche Marschbefehl nach der Goldküste erhalten haben, kommt heute noch ein Commando Marine-Infanterie und Artillerie, im Ganzen etwas über 200 Mann, welches unverzüglich nach seinem Bestimmungsort abgehen soll. Einiges Aufsehen erregt die Eröffnung, daß der Dampfer „Dromedary", welcher von der Regierung angekauft wurde, um als Transportschiff für die Goldküste verwandt zu werden und zunächst das 42. (Hochländer-) Regiment zu befördern, ein altes und wegen seiner Langsamkeit ausrangirtes Schiff der Gesellschaft Union war. Diese Gesellschaft ist dieselbe, mit welcher Herr Lowe als Schatzkanzler zur Zeit den so schwer angefochtenen Postbeförderungs-Contract abgeschlossen hatte, der wegen des Widerstandes im Unterhause rückgängig gemacht werden mußte. Die Oppositionsblätter halten bei dieser Gelegenheit nicht mit der Frage zurück, ob dieser Kauf gemacht worden sei, um der Gesellschaft Union etwas Schmerzensgeld zu bieten.

[Gladstone und Darwin.] In einer öffentlichen Rede, welche der Premierminister Gladstone vor einiger Zeit in Liverpool hielt, erwähnte er auch der Darwin'schen Theorie in einer Weise, die erkennen ließ, daß er derselben nicht beistimme. „Auf Grund der sogenannten Fortentwickelung", sagte Gladstone damals, „wird Gott der Mühe des Schaffens enthoben und im Namen der unveränderlichen Gesetze wird er vom Regieren der Welt befreit." Der bekannte Anhänger der Darwin'schen Theorie, Herr Herbert Spencer, nahm diesen Satz in der „Contemporary Review" auf und nannte die Worte des Premiers die typische Ausdrucksweise der ant wissenschaftlichen Ansicht. Der Premier vectheidigt sich in einem Briefe an den Herausgeber des „Review", daß er durch die oben citirten Worte durchaus nicht die Darwin'sche Theorie habe verurtheilen wollen. Wenn er behaupte, daß im Namen der Freiheit, des Gesetzes, der Ordnung u. s. w. viel gesündigt worden sei, dann verwerfe er damit ja noch lange nicht Freiheit, Ordnung und Gesetz. Gleichzeitig aber erklärt Herr Gladstone, daß er über die Richtigkeit der Darwin'schen Theorie keineswegs so im Klaren sei, und er beklagt, daß die Functionen des Allmächtigen als Schöpfer und Lenker geläugnet werden auf vollständig und durchaus unzureichende Gründe hin.

Provinzial-Zeitung.

II. **Breslau,** 3. December. [Gewerbeverein.] Die gestern Abend unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Rath Dr. v. Carnall abgehaltene Sitzung wurde an Stelle des von Hrn. Dr. J. Fuchs angekündigten Vortrages, den derselbe zu halten verhindert war, durch eine Reihe Mittheilungen des Vereinssecretärs, Hrn. Dr. Fiedler, ausgefüllt. Der Hnmboldt-Verein für Volksbildnng macht Mittheilung von seiner Absicht, eine Fortbildungs-Anstalt in Breslau zu gründen und bittet, das Unternehmen fördern zu wollen. Es sollen zunächst im bevorstehenden Winter 4 Kurse und zwar im Rechnen, in Geschichte, Naturgeschichte und deutscher Sprache, eingerichtet werden, die beginnen sollen, wenn sich die Zahl von 25 Theilnehmern für einen Cursus gesichert. Die Theilnahme an einem, mehreren oder allen Cursen ist gestattet und der Unterricht unentgeltlich. Derselbe findet in den Abendstunden der Wochentage statt. — Hr. Lehrer Berger beginnt in den nächsten Tagen neue Curse in der Buchhaltung für Gewerbtreibende. Herr Dr. Fiedler kann nach den ihm gewordenen Mittheilungen über die von Herrn Berger erzielten Resultate dessen Curse den Mitgliedern des Gewerbevereines nur empfehlen. — Weitere Mittheilungen des Secretärs betrafen einzelne hervorragende Erscheinungen auf der nunmehr geschlossenen Wiener Ausstellung. — Mit großem Interesse nahmen die Anwesenden die Mittheilungen über eine neue Musterleistung auf dem Gebiete der Eisenbahntechnik entgegen, die darin besteht, daß auf der „Grand Trunk of Canada-Bahn" in Canada die Umänderung der bisherigen breiteren Spur der Bahn in die schmälere Normalspur auf einer Strecke, deren Länge der Distanz zwischen Wien und Berlin gleichkommt, durch den Ober-Ingenieur der Bahn mit einem Heere von ca. 8000 Kerntruppen von Eisenbahnarbeitern in nicht ganz 27 Stunden vollständig durchgeführt wurde.

—d. **Breslau,** 3. December. [Ortsverein der selbstständigen Breslauer Schneidermeister.] In der gestrigen, von Herrn Heidemann geleiteten Monatsversammlung wurde u. A. über die sociale und politische Stellung des Vorsitzenden des Generalraths des deutschen Schneiderbundes, Herrn Kuhn in Berlin, sowie über die Richtung der von ihm herausgegebenen und als Organ des Bundes eingeführten „Deutschen Schneiderzeitung" verhandelt. Bereits beim letzten Delegirtentage in Berlin war es dem Breslauer Delegirten, Herrn Gregor, aus verschiedenen Thatsachen klar geworden, daß Herr Kuhn mit den Führern der „Gewerkvereine" (Hirsch-Duncker) intimere Beziehungen unterhalte. Seit dieser Zeit hat nun auch eine Reihe von Artikeln im Vereinsorgan auf's Deutlichste gezeigt, daß in demselben nicht sowohl die Interessen der Arbeitgeber, als vielmehr die der Arbeitnehmer vertreten werden. Die Bestrebungen des „Allgemeinen deutschen Handwerkertages", vor Allem die Petition um Einführung von Arbeitsbüchern, sei nicht allein im Vereinsorgan bekämpft worden, sondern es sei auch seitens des p. Kuhn eine Gegenpetition an den Reichstag veranlaßt worden, welche das besondere Wohlgefallen des Herrn Dr. Hirsch gewonnen habe. Nach den vielfachen trüben Erfahrungen, die alle Arbeitgeber seit Einführung der neuen Gewerbeordnung gemacht hätten, und welche zeigten, daß Arbeitsbücher unumgänglich nothwendig seien, um den Arbeitgeber vor gewissenlosen und contractbrüchigen Arbeitnehmern zu schützen, sei das gegentheilige Vorgehen des Vereinsorgans entschieden zu verwerfen. Es wurde ferner noch als bemerkenswerth hervorgehoben, daß p. Kuhn und Herr Bollmann, Redacteur des Vereinsorgans, ihre Hand zur Bildung der sogenannten neu-demokratischen Partei, d. h. zu deutsch: „Gewerkvereinspartei" (Hirsch-Duncker) gegeben haben, und daß es ihre unverkennbare Absicht sei, den deutschen Schneiderbund successive in die Arme der „Gewerkvereine zu führen. Es wurde in Folge dessen auf Antrag des Herrn Punitzer beschlossen, an den Generalrath in Berlin ein Schreiben zu richten, worin derselbe interpellirt werden solle, ob er mit dem Vorgehen seines Vorsitzenden einverstanden sei. Je nach dem Ausfall der Antwort sollen dann seitens des hiesigen Vereins die weiteren Maßnahmen getroffen werden. Mit einer längeren Discussion darüber, welche Stellung die hiesige Schneider-Innung zur Gründung des „Allgemeinen deutschen Arbeitgeberbundes" einzunehmen beabsichtige, wurde die Versammlung geschlossen.

Breslau. Sitzung des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens am 5. November. Herr Professor Dr. Palm hielt einen Vortrag über die Theilnahme Schlesiens an den politischen Ereignissen des Jahres 1620, und zwar behandelte er vorzugsweise den Executionszug des Kurfürsten Johann Georg von Sachsen gegen die Lausitzen. Infolge des im Frühjahr 1620 mit dem Kaiser und den katholischen Kurfürsten getroffenen Abkommens übernahm jener evangelische Fürst die Commission, die beiden der böhmischen Krone incorporirten und zur Theilnahme an der großen gegen den Kaiser gerichteten Conföderation evangelischer Länder gedrängten Provinzen, die Lausitz und Schlesien zum Gehorsam gegen den Kaiser zurückzuführen. Er hatte zu diesem Zweck im Sommer ein Heer von circa 14,000 Mann zusammengebracht, mit welchem er im September gegen die Lausitz aufbrach. Der König Friedrich von Böhmen sorgte, als der Ernst des Kurfürsten erst klar geworden war, aufs schleunigste für die Sicherung und Vertheidigung des ganz schutzlosen Landes und beorderte den General der von den Schlesiern nach unabläßigem Drängen geworbenen Hilfstruppen, den Markgrafen Joh. Georg von Jägerndorf, zur Besetzung der Lausitz, der dort früher erschien als das höchst langsam und schwerfällig operirende Heer der Sachsen. Vor allem versah er Bautzen und andere wichtige Städte wie Zittau, Löbau, Görlitz mit Garnisonen sein Hauptlager schlug er an der Landskrone bei Görlitz auf. Die Sachsen erschienen am 10. September vor Bautzen und begannen die Belagernng der von den schlesischen Fähnlein wacker vertheidigten Stadt. Erst nach 4 wöchentlicher Beschießung und furchtbarer Beschädigung ergab sich dieselbe am 5. October, da der Markgraf nichts zu ihrem Entsatz gethan hatte, wie es schien verhindert durch die Schwäche seines in Besatzungen sehr zersplitterten Heeres. Auch dem weiteren Vordringen der Sachsen setzte er nur passiven Widerstand entgegen, so daß der größte Theil der Ober- und Niederlausitz Ende November dem Kurfürsten sich ergeben hatte. Nur Görlitz, Zittau und Lauban blieben bis zum Frühjahr 1621 von markgräflichen Truppen besetzt.

Schlesiens Stände mußten für diese ihnen zugefallene Aufgabe die größten Anstrengungen machen und waren deshalb auf wiederholten Fürstentagen in Breslau versammelt. Sie hatten außerdem unausgesetzte Hilfsgesuche auch nach andern Seiten hin zu befriedigen und Truppen und Geld zu beschaffen, zu welchem Zwecke sie das Aufgebot des 20. Mannes einberiefen und das des 19. organisirten. Die härtesten Steuerauflagen und Zwangsanlehen wurden beschlossen und dennoch mangelte beständig das zur Befriedigung des geworbenen Volkes nothwendige Geld, weshalb ihre auf verschiedenen Punkte vertheilten Truppen beständig meuterten. Die Noth des Landes war groß geworden, und gleichwohl sollten die beiden letzten Monate des Jahres unserer Provinz noch schlimmere Ereignisse bringen. Deren Darstellung wurde für einen folgenden Vortrag aufgeschoben.

Breslau. [Sitzung der historischen Section] der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur. Donnerstag, den 27. November 1873. Der Vortragende, Herr Dr. Bobertag, sprach über die Romane des Georg Wickram, der um Mitte des 16. Jahrhunderts im Elsaß lebte. Wir besitzen von ihm außer nicht wenigen anderen Werken, unter denen das Rollwagenbüchlein das bekannteste ist, vier eigentliche Prosa-Romane, den Knabenspiegel, die guten und bösen Nachbaren, Gabriotto und Reinhard und den Goldfaden, von denen die zwei ersten als Familiengemälde, die beiden letztgenannten als Liebes-Romane bezeichnet werden können. Sie nehmen als Erzeugnisse ihres Jahrhunderts ein nicht unbedeutendes culturhistorisches Interesse in Anspruch, in letzterer historischer Beziehung verdienen sie als die ersten deutschen Original-Romane besondere Aufmerksamkeit. Der Vortragende theilte den Gang der Erzählungen in kurzen Analysen mit und fügte literar-historische Bemerkungen, sowie Stilproben hinzu.

[Notizen aus der Provinz.] * Freistadt. Am 2. December wurde Herr Pastor Franz zu Falkenhain als dritter Prediger hierselbst gewählt, wonach binnen Kurzem Herr Pastor prim. Müller in den Ruhestand treten wird.

+ Waldenburg. Der Musik-Director Sauppe aus Görlitz ist mit seiner Capelle von der Fürstlichen Verwaltung für die Kur- und Bademusik zu Salzbrunn engagirt worden.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

December 3. 4.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	339''',11	338''',90	338''',17
Luftwärme	+ 3°,9	+ 2,0	+ 0,7
Dunstdruck	2''',27	2''',03	1''',72
Dunstsättigung	80 pCt.	85 pCt.	81 pCt.
Wind	W. 1	SW. 1	W. 1
Wetter	wolkig.	trübe.	trübe.

Breslau, 4. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 80 Cm. U.-P. — M. 16 Cm.

Berlin, 3. Decbr. Unsere Wahrnehmungen an den letzten Börsen betreffs der wahren Stimmung der Geschäftswelt haben uns nicht getäuscht. Dem Aufschwunge fehlte das Vertrauen, und er schien nur vorhanden, um zu Realisationen benutzt zu werden; jetzt, wo theils mit dem Ultimo, theils gleich daranf diese Ausnutzung sich vollzogen, tritt die Apathie wieder mehr und mehr hervor, die selbst nicht einmal durch umfänglichere Fixofferten unterbrochen wird. Wir sahen heute diese Geschäftseinschränkung auf fast allen Gebieten und mit ihr etablirten sich denn auch Coursrückgänge, die bei den österr. Speculationspapieren größere Ausdehnung erreichten. Bei österreich. Credit war der Coursdruck am stärksten, er beträgt 1—2 Thlr. und in seinen Schwankungen gegen die höchste gestrige Notiz vorübergehend selbst noch mehr; bei Franzosen ist er annähernd eben so beträchtlich und ähnlich verhielt sich die Bewegung bei Lombarden. Eine Erholung am Schlusse ließ heute auf sich warten; wie eine solche auch bei den anderen Speculationswerthen, wie Disc.-Com., Dortmunder Union u. s. w. nicht zu constatiren ist. Die Oesterr. Nebenbahnen zeigten sich wenig belebt; Galizier und Oesterr. Nordwestbahn ließen nach, während Böhmische und Josephbahn im Course gewannen. Auswärtige Fonds trugen fast durchgängig eine matte Haltung und eigentlich machten nur Oesterr. Loospapiere hiervon eine Ausnahme, von welchen besonders 60er Loose begehrt waren. Vorzugsweise matt waren Türken, auf welche die Mittheilungen über eine bevorstehende Neue Anleihe sehr ungünstig wirken, zudem drückten Londoner Ordres, zum Schluß waren sie etwas fester. Auch französische Rente, Italiener, sowie Oesterr. Renten ließen im Course nach, Amerikaner zeigten sich wenig verändert, gingen auch nur in sehr geringen Beträgen um. Russische Werthe notiren fast sämmtlich niedriger und £-Anleihen stellten sich auf Briefnotiz, desgleichen war Bodencredit offerirt, Preußische Fonds zwar fest, aber ebenso wie deutsche Fonds, sehr still, von Prioritäten waren Preußische und Russische Devisen recht fest, von ersteren waren 3½ und 4 pCt. begehrt, Bergische Litt. C. gingen in Posten um, Russische Prioritäten zeigten sich reger und fanden trotz anziehender Course willige Abnehmer. Oesterr. Prioritäten meist niedriger. Auf dem Eisenbahnactien-Markte hatte sich die Geschäftslust den schweren Bahnen etwas entfremdet, aber auch leichte Bahnactien trugen nicht durchweg einen einheitlichen Geschäftscharakter. Märkisch-Posener, sowie Halle-Sorauer zwar belebt, aber im Course weichend, Schweizer Westbahn fest, Rumänen billiger, Ostpreußische Südbahn, Nahebahn, Oberhessische, Lütticher und Mastrichter fanden Beachtung. Auf Prämie waren Bergische beliebt, dagegen Köln-Mindener und Rheinische etwas schwächer. Banken verkehrten träge; Disconto-Commandit setzte wesentlich niedriger, zu 169½, ein, hob sich 2 pCt. schloß aber wieder zu 170. Begehr zeigte sich für deutsche Union, junge Commerzbank war beachtet, Berliner Handel beliebt, desgl. Dtsch. National, Gewerbebank und Provinzial-Gewerbe; die Breslauer Devisen sind matter. Der Industriemarkt blieb still bei eher matter Tendenz; dasselbe gilt von Bergwerken, Dortmunder p. Cassa 80, fielen pr. ult. von 80¼ auf 79½; Laura (156½) ult. 156½—56—57. (Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 3. December. [Productenbericht.] Roggen hat am heutigen Markte einige weitere Rückschritte im Werthe gemacht. Der Handel auf Termine gestaltete sich dabei aber ziemlich lebhaft und schließlich hat die Haltung auch merklich an Festigkeit gewonnen. Waare ist wenig umgesetzt, feiner russischer Roggen war heute verhältnißmäßig fest bei spärlichem Angebot, inländischer Roggen war mehr offerirt als begehrt. — Roggenmehl billiger verkauft mit festerem Schluß. — Weizen flau eröffnend, dann aber

besonders per December gesucht und zu steigenden Preisen gehandelt. — Hafer loco flau. Offerten reichlich. Termine billiger verkauft, schließt etwas fester. — Rüböl hat neuerdings merklich im Werthe nachgegeben; das Geschäft blieb schwerfällig. — Spiritus sehr fester Haltung. Verkäufer sind sehr zurückhaltend und es geht nur wenig um.

Weizen loco 73—92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber märkischer — Thlr. ab Bahn bez., feiner weißbunter poln. 87—88 Thlr. bez., pr. December 86¾—86½—87½ Thlr. bez., pr. Januar=Februar — Thlr. bez., pr. April=Mai 86½—86¾ Thlr. bez., pr. Mai=Juni 86½ Thlr. bez., neue Usance per April=Mai 85¼ Thlr. bez., Juni=Juli — Thlr. bez. Gekündigt 21,000 Ctnr. Kündigungspreis 86¾ Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 61—71 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 60¾—61 Thlr. ab Bahn bez., feiner russischer 63—63¼ Thlr. ab Kahn bez., inländischer 68—69¼ Thlr. ab Bahn bez., per December 63—62⅝—⅞ Thlr. bez., pr. December=Januar 62⅞—62¾—63⅜ Thlr. bez., pr. Januar=Februar 63¼—62¾—63⅛ Thlr. bez., pr. Frühjahr 63⅞—63⅔—¾ Thlr. bez., pr. Mai=Juni 63⅜—63—63¼ Thlr. bez., Juni=Juli 63—62⅞—63 Thlr. bez. Gekündigt 1000 Ctnr. Kündigungspreis 62¾ Thlr. — Gerste loco 58—73 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 50—58 Thlr. nach Qualität gefordert, schlesischer 54—56 Thlr. bez., böhmischer 54—56 Thlr., ostpreußischer 51—55 Thlr., westpreußischer — Thlr., galizischer 49—53 Thlr., pommerscher 54—57 Thlr., uckermärker 54—57 Thlr. ab Bahn bez., per November=December 54—53¾ Thlr. bez., per December=Januar — Thlr. bez., per Januar=Februar — Thlr. bez., pr. Frühjahr 53¾ Thlr. bez., pr. Mai=Juni 54¼—54 Thlr. bez. Gekündigt 1800 Ctnr. Kündigungspreis 53⅞ Thlr. — Erbsen: Kochwaare 62—70 Thlr., Futterwaare 56—60 Thlr. — Weizenmehl Nr. 0 12⅓—11½ Thlr., Nr. 0 und 1 11½—11 Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 10⅚—10⅙ Thlr. Nr. 0 und 1 10—9½ Thlr., pro 100 Kilo unversteuert incl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. November=December 9 Thlr. 28—24—26 Sgr. bez., pr. December=Januar 9 Thlr. 18—16—17 Sgr. bez., pr. Januar=Februar 9 Thlr. 15—14½—15 Sgr. bez., pr. Februar=März 9 Thlr. 15—14—14½ Sgr. bez., pr. März=April — Thlr. — Sgr. bez., pr. April=Mai 9 Thlr. 15—12½—13½ Sgr. bez., Mai=Juni — Thlr. — Sgr. bez. Gekündigt 500 Ctnr. Kündigungspreis 9 Thlr. 26 Sgr. — Oelsaaten: Raps — Thlr., Rübsen — Thlr. — Rüböl per 100 Kilo netto loco 19 Thlr. bez., pr. October=November 19—18¾ Thlr. bez., November=December 19—18¾ Thlr. bez., pr. December=Januar 19—18¾ Thlr. bez., pr. Januar=Februar — Thlr. bez., pr. Februar=März — Thlr. bez., pr. April=Mai 21—20⅚ Thlr. bez., pr. Mai=Juni 21⅙ 21 Thlr. bez. Gekündigt 2700 Ctnr. Kündigungspreis 19⅚ Thlr. — Leinöl loco 24 Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 10 Thlr. bez., pr. October=November 9 5/12 Thlr. bez. pr. November=December 9 5/12 Thlr. bez., pr. December=Januar 9 5/12 Thlr. bez., pr. Januar=Februar 9⅔ Thlr. bez., pr. April=Mai — Thlr. bez. Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr.

Spiritus pr. 10,000 pCt. loco „ohne Faß" 21 Thlr. 6 Sgr. bez., pr. November=December 20 Thlr. 24 25 Sgr. bez., pr. December=Januar 20 Thlr. 15—16 Sgr. bez., pr. Januar=Februar — Thlr. — Sgr. bez., pr. April=Mai 20 Thlr. 22—23 Sgr. bez., pr. Mai=Juni 20 Thlr. 26—27 Sgr. bez., pr. Juni=Juli 21 Thlr. 7—8 Sgr. bez., pr. Juli=August 21 Thlr. 19—20 Sgr. bez. Gekündigt 4000 Liter. Kündigungspreis 20 Thlr. 25 Sgr.

Breslau, 4. Dec., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen matter, bei stärkeren Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen nur billiger verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 8 bis 9 5/12 Thlr., gelber 7⅚ bis 8¾ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. 6⅔ bis 7⅓ Thlr., feinste Sorte 7 5/12 Thlr. bezahlt.

Gerste wenig verändert, pr. 100 Kilogr. 6⅙ bis 6⅔ Thlr., weiße 7 bis 7⅓ Thlr. bezahlt.

Hafer war matter, pr. 100 Kilogr. 5⅓ bis 5 7/12 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen unverändert, pr. 100 Kilogr. 6 bis 6⅔ Thlr.

Wicken gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 4⅚ bis 5⅙ Thlr.

Lupinen hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 4⅔ bis 5 Thlr., blaue 4⅙ bis 4½ Thlr.

Bohnen behauptet, pr. 100 Kilogr. 6⅔ bis 6⅚ Thlr.

Mais gut gefragt, pr. 100 Kilogr. 5⅚ bis 6⅓ Thlr.

Oelsaaten gut verkäuflich.

Schlaglein unverändert.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag=Leinsaat	7	12	6	8	10	—	9	—	—
Winter=Raps	7	12	6	7	25	—	8	7	6
Winter=Rübsen	7	10	—	7	20	—	8	—	—
Sommer=Rübsen	7	17	6	8	—	—	8	5	—
Leindotter	6	27	6	7	10	—	7	25	—

Rapskuchen behauptet, schlesische 72—76 Sgr per 100 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlesische 96—100 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat, rothe in feiner Qualität gut gefragt, neue 13—15½ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße jähr. 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee gut behauptet, 8½—11½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.=Bureau.)

Frankfurt a. M., 3. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 118⅜. Pariser do 93⅝. Wiener do. 102⅞. Franzosen*) 344. Hess. Ludwigsb. 158½. Böhmische Westbahn 228. Lombarden*) 181. Galizier 230. Elisabethbahn 227½. Nordwestb. 204½. Elbthalbahn —. do. Prioritäten —. Oregon 16⅜. Creditactien*) 234½. Russ. Bodencredit —. Russen 1872 93¾. Silberrente 65¼. Papierrente 61. 1860er Loose 91¾. 1864er Loose 144. Ungarloose —. Raab-Grazer 79. Amerikaner de 1882 97½. Darmst. Bankverein 387. Deutsch=österr. 88¾. Prov.=Disconto=Gesellschaft 88½. Brüsseler Bank 102¾. Berl. Bankverein 84¼. Frankf. Bankverein 88¼. do. Wechslerbank 80⅞. Nationalbank 1012. Meininger Bank 108⅝. Hahn Effectenbank 118¾. Continental 94. Südd. Immobilien=Gesellschaft —. Hibernia 108⅛. 1854er Loose 89½

*) per medio resp. per ultimo.

Geschäftslos, Bahnen fest, Anlagefonds anziehend.

Die Subscription auf die neue russische Anleihe ist geschlossen; dieselbe ist stark überzeichnet.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 235¼, Franzosen 345½, Lombarden 180¾. Prov.=Disc.=Gesellsch. —. Silberrente —.

Frankfurt a. M., 3. December, Abends. [Effecten=Societät.] Credit=Actien 237¼. Franzosen 346¾. Galizier 230½. Lombarden 182. Silberrente 65⅜. Oberhessen 77¾. Provinzial=Disconto=Gesellschaft 88¾. Elisabethbahn 227. Hahn'sche Effectenbank —. Deutsch=österr. Bank —. Bankactien —. Continental —. Frankfurter Wechslerbank —. Meininger Bank —. Josephsbahn —. Animirt und steigend in Folge starker auswärtiger Kaufordres.

Dresden, 3. December, Nachmittags 2 Uhr. Credit 133½. Lombarden 103. Silberrente 65¼. Sächsische Creditbank 75. Sächsische Bank (alte) 143½. do. (junge) 137½. Leipziger Credit 146½. Dresdener Bank 92. do. Wechslerbank 74. do. Handelsbank 68. Sächsischer Bankverein 70¼. Oesterr. Noten 88⅜. Lauchhammer —. Still, geschäftslos.

Hamburg, 3. December, Nachm. [Schluß=Course.] Hamburger Staats=Präm.=Anleihe 105. Silberrente 65½. Oesterreich. Creditactien 201¾. dto. 1860er Loose 91½. Nordwestbahn 437. Franzosen 738½. Lombarden 385. Italienische Rente —. Vereinsbank 122. Laurahütte 157¼. Commerzbank 92½. dto. II. Emis. —. Norddeutsche Bank 144¼. Provinzial=Disconto=Bank — —. Anglo=deutsche Bank 64½. dto. neue 78. Dänische Landmannbank —. Dortmunder Union 80½. Wiener Unionbank —. 64er Russ. Prämien=Anleihe —. 66er Russ. Prämien=Anleihe —. Amerikaner de 1882 93. Köln=M.=St.=Actien 150. Rhein. Eisenbahn=Stamm=Actien 144. Bergisch=Märkische 108½. Disconto 4 pCt. — Schluß fest.

Hamburg, 3. Dec. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest. Weizen auf Termine ruhig. Roggen unverändert. Weizen pr. 126pfd. pr. Dec. pr. 1000 Kilo netto 237 Br., 236 Gd., pr. December=Januar pr. 1000 Kilo netto 237 Br., 236 Gd., pr. Januar=Febr. pr. 1000 Kilo netto 240 Br., 238 Gd., pr. April=Mai pr. 1000 Kilo netto 262 Br., 261 Gd. — Roggen pr. December 1000 Kilo netto 196 Br., 195 Gd., pr. December=Januar 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. Jan.=Februar 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. April=Mai 196 Br., 195 Gd. — Hafer und Gerste ruhig. — Rüböl still, loco 61½ Br., pr. December —, pr. Mai pr. 200 Pfd. 65. — Spiritus fest, pr. December pr. 100 Liter 100% 54½, pr. December=Januar, pr. Januar=Februar 53½, pr. April=Mai 53. Kaffee sehr angenehm; Umsatz 3000 Sack. — Petroleum still, Standard white loco 13, 40 Br., 13, 30 Gd., pr. December 13, 30 Gd., pr. Januar=März 13, 40 Gd. — Wetter neblig.

Berliner Börse vom 3. December 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	5½	141¼ B.
do. do.	2 M.	5½	139⅞ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	5	56.16 G.
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	4½	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	6	99¾ G.
London 1 Lst.	3 M.	6	6.21⅛ bz.
Paris 300 Frcs.	10 T.	5	80¼ bz.
Petersburg 100 SR.	3 M.	7	88⅞ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	7½	81 bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	5	88¼ B. ⅛ G.
do. do.	2 M.	5	87⅜ bz.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½%ige	4½	101½ bz.
do. consolid.	4½	105⅛ bz.
do. 4%ige	4	98¼ bz. B.
Staats-Schuldscheine	3½	91¾ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	119 bz. G.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101½ bz.
Pfandbr. Berliner	4½	100 3/16 B.
Pfandbr. Pommersche	3½	80¾ G.
Pfandbr. Posensche	4	90 bz.
Pfandbr. Schlesische	3½	81¾ G.
Rentenbriefe Kur u. Neumärk.	4	95¼ bz.
Rentenbriefe Pommersche	4	95½ bz.
Rentenbriefe Posensche	4	94⅛ bz.
Rentenbriefe Preussische	4	95⅜ bz.
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	96⅞ bz.
Rentenbriefe Sächsische	4	97¼ G.
Rentenbriefe Schlesische	4	95¾ bz.
Badische Präm.-Anl.	4	110⅛ B.
Baierische 4% Anleihe	4	112⅜ bz.
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	92 bz.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 69 G.
Badische 35 Fl.-Loose 38⅛ G.
Braunschw. Präm.-Anl. 22 bz.
Oldenburger Loose 37½ bz.

Louisd'or 110⅜ G.	Dollars 1.11⅜ bz.
Sovereigns 6.22¾ bG	Frmd. Bkn. 99⅘ b.
Napoleons 5 10⅜ bz	Oest. Bkn. 88 1/16 bz.
Imperials 5.15¾ G.	Russ. Bkn. 81¼ bz.

Hypotheken-Certificate.

Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	5	— —
Unkünd. do. (1872)	5	101 bz.
do. rückbz. à 110	5	104½ bz.
do. do. do.	4½	97 bz.
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	98 bz.
do. III. Em. do.	5	97½ bz.
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	95 bz.
Hyp. Anth. Nord-G.-C.B.	5	101½ bz.
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	99 B.
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	103¾ bz.
do. do. II. Em.	5	103 bz.
Meininger Präm.-Pfdb.	4	89½ bz. G.
Oest. Silberpfandbr.	5	— —
do. Hyp. Crd. Pfndb.	5½	— —
Unkb. Pfd. d. Pr.-Hyp.-B.	4½	100 bz. G.
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Gs.	5	— —
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	101 bz.
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	65¼ a5 bz. G.
do. Papierrente	4⅕	61 bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	91½ bz. G.
do. 54er Präm.-Anl.	4	90⅝ bz.
do. Credit-Loose	—	110¼ bz.
do. 64er Loose	—	83½ bz. G.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	133½ bz. B.
do. do. 1866	5	130⅜ G.
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	87½ bz. G.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	78⅞ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	75¼ G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	64¼ G.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97⅞ bz. G.
do. do. p. 1885	6	100¼ et. bz. B.
do. 5% Anleihe	5	98¼ bz.
Französische Rente	5	93 B.
Ital. neue 5% Anleihe	5	59⅝ bz. G.
Ital. Tabak-Oblig.	6	91⅛ bz.
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	5	78¼ bz. B.
Rumänische Anleihe	8	99½ B.
Türkische Anleihe	5	43¼ a3 bz.
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	71⅛ et. bz. B.

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr. Loose 9⅞ bz. B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100½ G.
do. III. v. St. 3½ g	3½	83⅜ bz.
do. do. VI.	4½	99½ et. bz. B
do. Nordbahn	5	102¼ B.
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	99¼ B.
Breslau-Freib Litt. D.	4½	98⅜ bz.
do. do. G.	4½	98⅜ bz.
do. do. H.	4½	98⅜ bz.
Cöln-Minden III.	4	90½ G.
do. do.	4½	100¾ B.
do. IV.	4	91 bz.
do. V.	4	—
Halle-Sorau-Guben	5	100¼ G.
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	101¼ B.
Niederschl.-Märkische	4	95 B.
do. do. III.	4	93 G.
do. do. IV.	4½	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	81 G.
do. C.	4	90 G.
do. D.	4	90 G.
do. E.	3½	81¾ B
do. F.	4½	99¾ G.
do. G.	4½	99⅝ G.
do. H.	4½	99⅞ B.
do.	5	101½ bz. G.
do. Brieg-Neisse	4½	99 G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	90½ bz.
do.	4½	— —
do.	4½	— —
do.	5	102¾ B.
do. Stargard-Posen	4	89 G.
do. do. II. Em.	4½	99 G.
do. do. III. Em	4½	99 G.
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	— —
do. do. do. D.	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	101¾ G.
Rechte Oder-Ufer-B.	5	101¾ B.
Schlesw. Eisenbahn	4½	97⅝ G.
Chemnitz-Komotau	5	89⅜ B.
Dux-Bodenbach	5	83¼ bz.
Prag-Dux	5	72½ bz. G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	92½ B.
do. do. neue	5	86¾ et. bz. B.
Kaschau-Oderberg	5	74⅜ bz. B.
Ung. Nordostbahn	5	61⅜ bz.
Ung. Ostbahn	5	56⅜ bz.
Lemberg Czernowitz	5	64⅛ B.
do do. II.	5	75⅛ bz.
do. do. III.	5	64⅞ bz.
Mährische Grenzbahn	5	74 G.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	45⅜ bz.
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	84½ bz. B.
Oesterr.-Französische	3	304½ bz. B.
do. do. neue	3	286⅛ bz. B.
do. südl Staatsbahn	3	244¼ bz.
do. neue	3	244½ bz.
do. Obligationen	5	84⅝ bz.
Warschau-Wien II.	5	96¼ bz.
do. III	5	95½ G.
do. IV.	5	95½ B.

Bank-Discont 5 pr. Ct.
Lombard-Zinsfuss 6 pr. Ct.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht.	⅗	1	4	32½ bzG.
Berg.-Märkische	7½	6	4	108½ a8¾ bz
Berlin-Anhalt	18½	17	4	162¾ bzB.
do. Dresden	—	5	5	60 bzG.
Berlin-Görlitz	0	3½	4	100¼ bz.B.
Berlin-Hamburg	10¾	12	4	195 bz
Berl. Nordbahn	—	5	5	28 bz G.
Berl.-Potsd. Magd.	14	8	4	120 bz.G.
Berlin-Stettin	11 5/12	12¾	4	158 G.
Böhm. Westbahn	8¼	5	5	96¾ bzG.
Breslau-Freib.	9½	7½	4	104¾ bz.
do. neue	—	5	5	98¼ B.
Cöln-Minden	11⅕	9 7/20	4	150½ 50 à bz
do. neue	5	5	5	108⅜ bz.
Cuxhav. Eisenb.	—	—	6	— —
Dux-Bodenbach B.	5	5	5	37⅜ bz.
Gal. Carl-Ludw. B.	8½	7	5	98¼ a8 bz.
Halle-Sorau-Gub.	4	0	4	41 bz.G.
Hannover-Altenb	5	5	5	45¼ bz.
Kaschau-Oderbrg.	5	5	5	60 bzG.
Kronpr. Rudolphb.	5	5	5	70 bz.G.
Ludwigsh.-Bexb.	11¾	11	4	193 bz.
Mark.-Posener	0	0	4	41¼ bz
Magdeb.-Halberst.	8½	8½	4	129¾ bz.
Magdeb.-Leipzig	16	14	4	262 bzB.
do. Lit. B.	4	4	4	95¾ bz
Mainz-Ludwigsh.	11	11 6/10	4	159 bzG.
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96½ bzG.
Oberschl. A. u. C.	13⅔	13⅔	3½	185½ bz.
do. B.	13⅔	13⅔	3½	166½ bz
do. D.	—	—	5	174½ bz
Oester.-Fr. St.-B.	12	10	5	196¾ a7¼ bz.
Oest. Nordwestb.	5	5	5	116⅝ bz
Oester südl. St.-B.	4	4	5	103 a2½ b.
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	34½ bz.
Rechte O.-U.-Bahn	3	6	5	124½ B.
Reichenberg-Pard	4½	4½	4½	65¾ bz.
Rheinische	10	9⅖	4	144⅞ a4½ bB
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	26⅛ bz.
Rumän. Eisenbhn.	5⅛	3⅗	5	63¾ bz.G.
Schweiz Westbhn.	2	1⅗	4	39¼ bz.G.
Stargard-Posener.	4½	4½	4½	100⅛ G.
Thüringer	10½	9	4	135½ bz. B.
Warschau Wien	12	10	5	85¼ bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	104 bzG.
Berlin. Nordbahn	—	5	5	37¼ bz
Breslau Warschau	5	5	5	22 bz
Halle-Sorau-Gub.	5	0	5	63 bz
Hannover-Altenb	5	5	5	70⅞ bzB.
Kohlfurt Falkenb.	2½	5	5	78¾ bzG.
Märkisch-Posener	1½	0	5	68½ bzG.
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	80⅜ bz.
do. Lit. C.	—	5	5	102¼ bz.G.
Ostpr. Südbahn	0	0	5	67¾ bz.G.
Pomm. Centralb.	5	5	5	15⅞ bz.
Rechte O.-U.-Bahn	5	6	5	123¼ bzG.
Rum. (40% Einz.)	—	—	8	81 bz.G.
Saal-Bahn	—	5	5	43 G.

Bank- und Industrie-Papiere.

Anglo Deutsche Bk	—	7½	5	65 bzG.
Allg. Deut. Hand. G	—	9¼	5	38¼ bzG.
Berliner Bank	15	14	4	67⅞ bzB.
Berl. Bankverein.	16	18	5	84 etbz.
Berl. Kassen-Ver	12⅖	29 3/10	4	283⅞ bzG.
Berl Handels-Ges.	12½	12½	4	125½ bz.
Berl. Lomb.-Bank.	5	11¼	5	39 etbzB.
Berl. Makler-Bank	25⅔	11	4	100bz
Berl. Prod.-Makl. B	—	8½	5	100¾ bz
Berl. Wechslerbk.	12½	0	5	49bzG.
Braunschw. Bank	8½	8⅔	4	119½ bzG.
Bresl. Disc.-Bank Friedenthal u. Co	13	10	4	72 bz.B.
Bresl. Handels-G.	4¼	9	5	— —
Bresl. Maklerbank	—	30	5	76 G.
Bresl. Mkl.-Ver. B.	—	7	5	90 G.
Br. Pr.-Wechsl.-B	—	12	4	— —
Bresl Wechslerb	12	12	4	60B.
Centralb f. Genos.	12	14	4	67½ bzG.
Coburg. Cred.-Bk	10¼	7¼	4	74bzG.
Danziger Priv.-Bk.	7	7	4	113 G.
Darmst. Creditbk.	15	15	4	154½ à5½ bz.
Darmst. Zettelbk.	8	7	4	103¼ etbzG.
Dessauer	—	—	fr.	—
Deutsche Bank	8	8	4	83½ etbzG.
Deutsche Unionsb.	11¼	9½	4	75 bzG.
Disc.-Com.-A.	24	27	4	170 à 70½ b.
Genossensch.-Bnk	10¾	10⅔	fr.	103 bzG.
do. junge	—	—	4	100 G.
Gwb. Schuster u. C.	10⅔	10	4	61½ bzG.
Görlitzer Ver.-Bk.	—	10	4	—
Goth. Grundcred. B	9	9½	4	97½ etbzG.
Hamb. Nordd. Bnk	12⅗	13⅝	4	145 G
do. Vereins-B.	11¼	13¾	4	122 bz
Hannov. do.	5⅖	6⅗	4	102⅞ bzG.
do. Disc.-Bk.	—	5	4	60½ B.
Hessische Bank	—	6⅔	5	47½ bz
Königsb. do.	11	8	4	72⅞ bzG.
Ldw. B. Kwilecki	14	—	4	50 G.
Leip. Cred.-Bank.	11	15	5	146¾ bz.
Luxemburger do.	12	12	4	116½ bz
Magdeburger do.	5⅘	5¾	4	107½ bz B
Meininger do.	12	12	4	108⅜ bz.G.
Moldauer Lds. Bk.	6	4	4	37 G.
Ndrschl. Cassenv.	12	15	4	13¾ bzG.
Nordd. Grundcr. B.	8	13¾	5	82 bzG.
Oberlausitzer Bk.	10¾	8 3/10	4	67 bzG.
Oest. Cred.-Actien	17½	18¾	4	133¾ à3¾ bz.
Ostdeutsche Bank	—	8	5	61¼ G.
Ostd. Product.-Bk.	—	8½	4	26 G.
Posener Bank	6⅘	6½	5	104 G.
Pos. Pr.-Wechsl. B.	—	8	4	63 bzG.
Preuss. Bank-Act.	12 3/10	13½	4	189 bz.
Pr. Bod. Cr.-Act. B.	14	15	4½	71bz..G
Pr. Cent.-Bod.-Cr	9½	9½	4	117¾ bz
Pr. Credit-Anstalt	—	24	5	46 bz.
Prov. Wechsl.-Bk.	—	7½	4	87⅛ bz
Sächs. B. 60% I. S.	10	12	5	143 bzG.
Sächs. Cred.-Bank	11	13	4	75¼ G.
Schles. Bank-Ver.	12	14	4	110¼ bzB.
Schl. Centralbank	—	13	4	— —
Schl. Vereinsbank	—	9	5	89½ bzG.
Thüringer Bank	9	14	5	103¾ bzG.
Ver.-Bk. Quistorp	15	19	4	197⅛ bz.B.
Weimar. Bank	7	8	fr.	104⅝ bzB.
Wiener Unionbk.	16½	5	4	68 B.
Baugess. Plessner.	11	14	5	79½ bz
Berl. Eisenb.-Bd. A	10½	11½	5	153¾ bzG.
D. Eisenbahnb-G.	—	0	5	39½ bzG
do. Reichs-u. Co.-E	—	7¾	5	93¾ bzB.
Märk. Sch. Msch. G.	—	0	5	29¼ bz
Nordd. Papierfabr.	8 1/10	8	5	79⅞ bz
Westend, Com.-G.	16	17	—	15¼ bzB.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	16⅘	4	121¼ bz
Schl. Feuervers.	20	17½	4	118 B.
Donnersmarkhüt.	—	—	5	57¼ G.
Königs- u Laurah.	12¼	29	5	150½ bz. G.
Lauchhammer	7	9	5	77¼ bzG.
Marienhütte	—	14	5	76 bzG.
Minerva	0	—	5	24 G.
Moritzhütte	—	—	5	65 B.
OSchl. Eisenwerk.	—	11	5	33 G.
Redenhütte	—	10	5	44 bz
Schl. Kohlenwerk	—	9	5	91 bzG.
Schles. Zinkh.-Act.	6	8	5	94¾ B.
do. St.-Pr.-Act.	6	8	4½	95½ bzB.
Tarnowitz. Bergb.	9	20	5	130 bz.
Vorwärtshütte	—	8	5	56 bz
Baltischer Lloyd	10	0	5	46¼ G.
Bresl. Bierbrauer.	7	—	5	— —
Bresl. E.-Wagenb.	7	7½	5	55 G.
do. ver. Oelfabr.	—	10	5	65 G.
Erdm. Spinnerei	—	9	5	57 B.
Görlitz. Eisenb.-B.	0	0	5	43bz
Hoffm's Wag.-Fab.	—	6	5	48 bzG.
O.Schl. Eisenb. B.	6	14	5	89 bz.
Schles. Leinenind.	10	9	5	91 G.
S. Act. Br. (Scholtz)	9	—	5	36½ bz
do. Porzellan	—	7	4	84 B.
Schl. Tuchfabrik	11	—	4	29 bzB.
do. Wagenb.-Anst.	—	9	4	44 B.
Schl. Wollw.-Fabr.	—	10	4	31 G.

Hamburg, 3. December. [Abendbörse.] 8 Uhr 30 Min. Oesterr. Silberrente 65⅝. Amerikaner 93. Italiener —. Lombarden 387,50. Oesterreichische Credit=Actien —. Oesterr. Staatsbahn 741—43. Oesterr. Nordwestbahn —. Anglo=Deutsche Bank —. junge —. Hamburger Commerz= u. Disconto=Bank —. Rhein. Eisenbahn=St.=Actien —. Bergisch=Märkische —. Köln=Mindener —. Laurahütte 158,25. Dortmunder Union 80½. Norddeutsche 144,28. Disconto, —,—. Intern. —, —. — Fest.

Liverpool, 3. December, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 B. Unverändert. Tagesimport 11,000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 3. December, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Tendenz: williger.

Middl. Orleans 8 15/16, middl. amerikanische 8½, fair Dhollerah 5¾, middl. fair Dhollerah 5⅛, good middl. Dhollerah 4⅝, middl. Dhollerah 4¼, fair Bengal 4, fair Broach 5¾, new fair Oomra 6, good fair Oomra 6 9/16, fair Madras 6, fair Pernam 8¾, fair Smyrna 6¾, fair Egyptian 9⅜. Upland nicht unter good ordinary December=Januar=Verschiffung 8⅜, Januar=Februar=Verschiffung 8 7/16, Februar=März=Verschiffung 8½ D.

Glasgow, 3. December. Roheisen. Mixed numbers warrants 103 Sh. 6 D.

Letztwöchentliche Verschiffung 10,159 Tons gegen 11,892 Tons in der gleichen Woche des vorigen Jahres.

Antwerpen, 3. Decbr. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco und pr. December 32½ bez., 33 Br., pr. Januar, pr. Februar und per März 33½ bez., 34 Br. — Steigend.

Bremen, 2. December. Petroleum fest. Standard white loco 13 Mk. 50 Pf.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.=Bureau.)

Versailles, 3. Decbr., Abends. Die Nationalversammlung nahm die Wahl der letzten Mitglieder der Dreißigercommission vor. Nach der ersten Abstimmung constatirte Buffet, daß 337 gestimmt haben, während geschäftsordnungsmäßig 370 Stimmen erforderlich sind; die Wahl ist daher ungültig. Die Linke enthielt sich vollständig der Abstimmung, weil bereits 25 Deputirte von der Rechten gewählt waren. Die Rechte schließt die Linke systematisch von der Vertretung aus; die Linke wäre nach dem Zifferverhältniß berechtigt 13 Mitglieder zu stellen. Die Wahl wurde auf morgen vertagt.

Versailles, 3. December, Abends. Nationalversammlung. Limperani interpellirt den Marineminister, ob die in Kraft befindlichen Verordnungen genügend seien, Unglücksfälle auf der See zu verhindern und ob die Herbeiführung eines internationalen Einvernehmens hierüber nicht zu empfehlen sei.

Der Marineminister erwiderte: Menschliches Wissen sei noch ohnmächtig Seeunglücksfälle zu verhindern; das Packetboot „Ville du Havre" beobachtete alle Vorschriften. Der Marineminister sei in steter Beziehung zu der englischen Regierung, um Mittel zu finden, um die Seeunfälle zu verhindern. Jarras verlangt die Bildung eines internationalen Tribunals zur Feststellung, ob die Offiziere alle Regeln der Ueberwachung beobachteten.

Madrid, 3. December. Das Bombardement gegen Carthagena wird fortgesetzt: das Feuer Seitens der Insurgenten nimmt ab. Ein Telegramm des commandirenden Generals der Belagerungstruppen an die Regierung meldet: Die Gegenwart der fremden Geschwader auf der Rhede Escombreras ermuthigte die Insurgenten, weil sie meinten, daß ihnen durch die fremden Geschwader der Rückzug gesichert werde. Wenn die Regierung die auswärtigen Mächte bestimmen könnte, die Geschwader zurückzuziehen, würde hierdurch die Uebergabe beschleunigt werden.

Washington, 3. Decbr. Die Botschaft, welche der Präsident Grant dem Congresse mitgetheilt hat, berührt im Eingange die gegenwärtige finanzielle Situation und erwähnt zunächst, daß der für das Jahr 1872 vorhandene Ueberschuß zum Betrage von 43 Millionen zur Reduction der öffentlichen Schuld verwandt worden sei. Finanzielle Krisen würden möglich bleiben, so lange nicht statt der Papierwährung die Metallwährung wieder eingeführt werde. Der Präsident empfiehlt dem Congresse die sorgfältigste Prüfung der Frage der Goldwährung, damit möglichst bald die Zahlung in Metall wieder aufgenommen werden und dadurch die Banken in den Stand gesetzt werden können, ihre Reserven vortheilhafter zu verwenden und den Geldumlauf in schwierigen Zeiten zu vermehren. Nachdem die Botschaft darauf erwähnt, daß in den Handelsbeziehungen zu dem Auslande in Folge der theilweise in Silber erfolgten Zahlungen eine Besserung eingetreten sei, geht dieselbe auf das Verhältniß Amerikas zu den auswärtigen Staaten über. Der Präsident erklärt, daß die Virginius-Angelegenheit auf dem Wege sei, in einer für die beiden betheiligten Nationen ehrenvollen Weise geschlichtet zu werden; die Beziehungen zu den übrigen Mächten seien die herzlichsten und freundlichsten. Die Unterdrückung des Kuli=Handels habe begonnen. Von der durch das Genfer Schieds=Gericht den Vereinigten Staaten zugebilligten Entschädigung seien 15½ Millionen zum Ankaufe von 5/20 Bonds verwandt worden. Bei Erwähnung der Entschädigungssumme von 1,929,000 Dollars, welche nach dem Schiedsspruche der gemischten Commission in Washington von den Vereinigten Staaten an England zu zahlen ist, empfiehlt der Präsident darauf die Errichtung eines Special=Gerichtshofes zur Erledigung der von anderen auswärtigen Staaten erhobenen Reclamationen und fordert sodann den Congreß auf, das Gesuch der Republik San Domingo, sich unter das Protectorat der Union zu stellen, in Erwägung zu ziehen. Die Botschaft lenkt ferner die Aufmerksamkeit des Congresses darauf, daß es nothwendig sei, Gesetze über die Naturalisation und die Abschließung der Ehen von Ausländern zu erlassen, und beschäftigt sich endlich mit den Verhältnissen der Insel Cuba, wo die Aufrechterhaltung der Sklaverei, deren Beseitigung baldigst zu hoffen sei, so traurige Folgen herbeigeführt habe. Der Präsident schließt mit der Versicherung, Amerika hege keine Feindschaft gegen Spanien, das gegen den „Virginius" beobachtete Verfahren habe indessen in der Union Entrüstung und eine kriegerische Aufregung hervorgerufen. Der Präsident habe, während inzwischen Unterhandlungen begonnen seien, die Flotte auf den Kriegsfuß bringen lassen; er hoffe, daß die öffentliche Meinung seinem Verhalten ihre Zustimmung ertheilen werde.

Newyork, 3. December. Hier eingetroffene Berichte aus Havanna melden, daß die Stimmung dort anfängt ruhiger zu werden. Eine Proclamation des General=Capitäns Joveller empfiehlt der Bevölkerung ebenfalls, die gegenwärtige Situation durch Unruhe nicht zu verwirren. Die Behörden von Santiago haben, dem Vernehmen nach, jetzt ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Gefangenen des „Virginius" auszuliefern.